

25. Januar  
1/2024

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Aktuelle Stunde: Debatte über Bürgergeld +++ Haushalt 2024/2025 +++ Aufarbeitung der Corona-Pandemie  
+++ Forderung nach Verbesserungen der Kita-Betreuung +++ Schließung von Förderschulen +++ Altentrep-  
tow fordert Mitspracherecht +++



3	Gastkommentar	Bernd Mosebach „Demokratie braucht unabhängige Medien.“
4	AUS DEM PLENUM	
5 - 13	Aktuelle Stunde	„Sofortiger Kurswechsel beim Bürgergeld – Fehlanreize vermeiden“ (auf Antrag der Fraktion der CDU)
14 – 27	Auszüge aus der Originaldebatte	Daniel Peters (CDU), Ministerin Stefanie Drese, Nikolaus Kramer (AfD), Henning Foerster (DIE LINKE), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Sabine Enseleit (FDP), Julian Barlen (SPD)
28 - 29	Berichte	Landeshaushalt für die Jahre 2024/2025 verabschiedet Künftige Krankenhausversorgung im Blickpunkt Aufarbeitung der Corona-Pandemie Forderung nach Verbesserungen der Kita-Betreuung Schließung von Förderschulen Altentreptow fordert Mitspracherecht Onlineportal für Naturdaten
30 - 34	Meldungen	Neues Mitglied und stellvertretendes Mitglied für das Landesverfassungsgericht Neuer Landesvertreter für Beratungsgremium Stasi-Unterlagen-Archiv 31 Petitionen zum Abschluss gebracht Beamtenverfehlungen strenger ahnden
35 - 36	Befragung der Landesregierung Gesetzgebung	
37 - 39	Ausschüsse	Agrarausschuss zu Besuch bei der Deponie Rosenow Wissenschafts- und Europaausschuss bei der jüdischen Gemeinde Schwerin Arbeit der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“
40 - 43	PANOMORAMA	Sternsinger im Schweriner Schloss empfangen Figuren auf Dach des Schlossgartenflügels montiert Neuer Schlosshonig
44	Chronik	

Titelfoto: Uwe Sinnecker

IMPRESSUM

**Herausgeber:**

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
- Öffentlichkeitsarbeit -  
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151  
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,

Anna-Maria Leistner  
Referatsleiter: Julien Radloff  
Autoren: Jacqueline Myrrhe,  
Joachim Mangler

**Layout:** Uwe Sinnecker

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.  
Redaktionsschluss 2.1.2024

# Demokratie braucht unabhängige Medien

„Wir brauchen auch künftig eine vielfältige Medienlandschaft, in der Journalistinnen und Journalisten unabhängig und selbstbewusst arbeiten können.“



Bernd Mosebach ist Leiter des ZDF-Landesstudios Mecklenburg-Vorpommern und Vorstandsvorsitzender der Landespressekonferenz MV e.V.

■ Liebe Leserin, lieber Leser! Ist Ihnen eigentlich aufgefallen, dass es seit einem Jahr an dieser Stelle keinen „Gastkommentar“ mehr gab? Haben Sie ihn vermisst? Das will ich doch hoffen. Denn das hier ist in den „Landtagsnachrichten“ der Ort, an dem Journalistinnen und Journalisten kommentieren, was im Land passiert: politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich, im Landtag und drumherum. Doch es ist mittlerweile eine Herausforderung für die Macher dieser Publikation, Autoren zu finden.

Warum? „Arbeitsverdichtung“ ist das Wort, das den Grund wohl am besten beschreibt. Wer sich in den Redaktionen der Medienhäuser umschaute, sieht, dass die Arbeit wächst, der Personalbestand aber nicht. Zusätzliche Aufgaben werden auf immer weniger Schultern abgeladen. Das jüngste Beispiel, das für viel Unruhe nicht nur in der Branche sorgt, ist die Schweriner Volkszeitung: im letzten September wurde von der Verlagsleitung zunächst der Abbau von 20 Stellen verkündet, im Januar dann der Verkauf an den Schwäbischen Verlag. SVZ und Nordkurier unter einem Dach.

„Wir glauben an den Lokaljournalismus“, heißt es in der gemeinsamen Presseinformation. „Der Zusammenschluss () bringt Synergieeffekte, die den Lokaljournalismus in Mecklenburg-Vorpommern () langfristig sichern.“ Und schließlich: „Durch den Verkauf sichert man den Lokaljournalismus in der Region.“ Doch derart angestrebte Synergien führen erfahrungsgemäß kaum dazu, dass die Berichterstattung umfassender und vielfältiger wird. Das Gegenteil ist zu befürchten.

Das über Jahre hinweg zu beobachtende Abschmelzen der Auflagen von regionalen aber auch überregionalen Tages- und

Wochenzeitungen und die leider meist erfolglosen Versuche, diesem Trend durch digitale Angebote entgegenzuwirken, führen unweigerlich zum Abschmelzen der journalistischen Vielfalt. Der Deutsche Journalistenverband mahnt: „Die Medienvielfalt im Nordosten darf nicht weiter geschwächt werden.“

Auch der Druck auf den öffentlichen-rechtlichen Rundfunk wächst. Die aktuelle Debatte um den Rundfunkbeitrag zeigt, dass erstmals in seiner Geschichte nicht nur die Frage im Raum steht, wie viel öffentlich-rechtlichen Rundfunk wir uns als Gesellschaft leisten wollen und wie viel wir dafür bereit sind zu zahlen, sondern auch die Frage, ob wir ihn überhaupt noch brauchen.

Zeitungen, Fernsehen und Hörfunk stehen unter Druck wie nie zuvor. Und das ausgerechnet in einer Zeit, in der der Populismus sich ausbreitet wie ein Krebsgeschwür. Populismus, der nicht nur versucht, Qualitätsmedien zu diskreditieren, sondern auch demokratische Prozesse systematisch zu untergraben.

„Der ÖRR hat einen Bildungsauftrag und einen Demokratiefauftrag“, sagt der Jenaer Soziologe Hartmut Rosa. „Öffentlichkeit ist nicht nur die Abbildung einer Vielzahl von Meinungen. Sondern es ist auch der Prozess des Austauschs darüber, der Meinungsfindung und Willensbildung. Dafür sollten die Öffentlich-Rechtlichen da sein. Er bildet das Scharnier zwischen Staat und Gesellschaft, sorgt für die Rückkoppelung dazwischen.“ Rosa plädiert für Reformen mit dem Ziel, „mediale Räume“ zu erhalten und neue zu schaffen, „die die Menschen wieder miteinander ins konstruktive Gespräch bringen“.

Und die Zeitungen? Dazu Rosa: „Zu einer funktionalen Öffentlichkeit gehört auch

immer noch das Zeitungswesen. Gerade in Zeitungen werden Argumente oft sorgsam entwickelt. Deswegen müsste die Politik zum Beispiel auch über eine Unterstützung der Zustellung nachdenken.“ Das werden die Verleger und Chefredakteure gern hören, fordern sie doch schon länger Unterstützung.

Früher war Empörung das Geschäftsmodell des Boulevards. Heute wird Empörung in den „Sozialen Medien“ potenziert. Der Kompromiss wird oft als Schwäche diskreditiert. Wenn Einzelinteressen nicht vollständig durchgesetzt werden, habe „das System“ versagt. Die Opferrolle ist bequem, die Schuldigen sind immer die anderen. „Soziale Medien“ sind, vorsichtig formuliert, nur bedingt geeignet, die „medialen Räume“ für „konstruktive Gespräche“ zu sein, die der Soziologe Hartmut Rosa einfordert.

Wir brauchen auch künftig eine vielfältige Medienlandschaft, in der Journalistinnen und Journalisten unabhängig und selbstbewusst arbeiten können. Dazu will übrigens auch die Landespressekonferenz beitragen, als deren neuer Vorsitzende ich gebeten wurde, diesen Gastkommentar zu schreiben. Auch wir als LPK, die wir seit der Gründung unseres Bundeslandes im Schweriner Schloss unsere Pressekonferenzen durchführen, wollen mithelfen, den Dialog zwischen Politik, gesellschaftlichen Gruppen, Medien und damit auch mit den Bürgerinnen und Bürgern ein Stück weit zu organisieren und zu moderieren.

Und schließlich darf ich mir noch erlauben, hier die Hoffnung zu Protokoll zu geben, dass sich auch wieder mehr Kolleginnen und Kollegen finden, die diesen Ort des „Gastkommentars“ nutzen. Trotz der Arbeitsverdichtung. Oder gerade deswegen!



Sozialministerin Stefanie Drese am Rednerpult während der Aktuellen Stunde.

## Diskussion um Bürgergeld

Emotionale Debatte im Plenum

Das Thema Bürgergeld gehört eigentlich in den Bundestag. Doch die von der CDU beantragte Aktuelle Stunde machte deutlich, dass das Thema auch den Menschen und Abgeordneten in MV unter den Nägeln brennt. Ein ums andere Mal musste die Landtagspräsidentin die Abgeordneten bremsen.

Die für 2024 vom Bund geplante Erhöhung des Bürgergeldes um zwölf Prozent wird von der CDU-Fraktion abgelehnt. Der CDU-Abgeordnete **Daniel Peters** forderte einen sofortigen Kurswechsel. Er führte dabei die seiner Meinung nach herrschende Inkompetenz der Berliner Ampel-Regierung bei der Aufstellung eines verfassungsgemäßen Haushalts ebenso an wie die Frustration und den Groll der Bürger gegenüber der Regierung. Die Erhöhung des Bürgergeldes trüge zu einer weiteren Belastung der Menschen in MV bei.

Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) verwies auf die letzte Konferenz der deutschen Arbeits- und Sozialminister, in der sich 14 Länder für die Umsetzung der Erhöhung des Bürgergeldes ausgesprochen haben. Die Länder seien der Meinung, dass die Erhöhung des Bürgergeldes verfassungsrechtlich geboten und



Daniel Peters (CDU) zum Thema "Sofortiger Kurswechsel beim Bürgergeld – Fehlanreize vermeiden"

sozialpolitisch notwendig ist. Sparen zu Lasten der Schwächsten in der Gesellschaft sei der falsche Weg. Drese kritisierte die CDU, dass sie gerade in MV, wo besonders viele Menschen leistungsbehaftet sind, eine Neiddebatte entfachen wolle.

Auch der Fraktionsvorsitzende der AfD, **Nikolaus Kramer**, nahm sich die CDU vor. Diese hätte im Bundestag Gelegenheit gehabt, den gewünschten Kurswechsel beim Bürgergeld einzuleiten, indem sie dem AfD-Antrag zugestimmt hätte. Dort sei gefordert worden, Bezieher von Bürgergeld zu einer gemeinnützigen Arbeit verpflichten zu können. So könne verhindert werden, dass sich Bürger in der „sozialen Hängematte“ ausruhen.

Mit der allgegenwärtigen Hetze in Stammtischmanier sollten die Geringver-

diener gegen die Bürgergeld-Beziehenden in Stellung gebracht werden, erklärte **Henning Foerster** (DIE LINKE). Mit dieser Kampagne werde das gesellschaftliche Klima vergiftet. Gleichzeitig könne von Themen wie Steuererhöhung für Superreiche oder Investitionsinitiative der öffentlichen Hand abgelenkt werden. „Billigend wird in Kauf genommen, dass Menschen in Armut gehalten werden.“

„Wieder einmal verkommt das C in Ihrem Parteinamen zur bloßen Makulatur“, sagte der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Dr. Harald Terpe**, in Richtung CDU. Das Bürgergeld sei die größte sozialpolitische Reform seit 20 Jahren. Sie habe das Ziel, dass sich Menschen weiterentwickeln und qualifizieren können. Das wiederum helfe den Unternehmen, Arbeits- und Fachkräfte zu bekommen. „Armut beschämt unser Land und unsere Gesellschaft.“

Viele Menschen beispielsweise Alleinerziehende wüssten nicht mehr, wie sie über die Runden kommen sollen, sagte **Sabine Enseleit** (FDP). „Sie ackern und ackern, organisieren und kümmern sich, und am Ende bleibt nichts übrig für sie selbst oder die Klassenfahrt des Kindes.“ Man könne es den Menschen nicht verdenken, wenn sie darüber nachdenken,

dass es ihnen mit Bürgergeld besser geht als mit ihrem Job.

„Wir erleben die Verabschiedung der CDU von jeder staatspolitischen Verantwortung“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Julian Barlen mit Blick auf die Debatte im Bund. „Sie haben das Ziel, Finanzchaos zu stiften in Deutschland.“ Dazu gehöre das Bürgergeld und die CDU wolle den Konflikt offensichtlich auf dem Rücken der Schwächsten der Gesellschaft austragen. „Das wird keinen Erfolg haben.“



Foto: Uwe Sinnecker

Julian Barlen (SPD) am Rednerpult

Lesen Sie im Folgenden  
Auszüge aus der Debatte.

### ■ Daniel Peters, CDU:

„Sie wollen irgendwann das bedingungslose Grundeinkommen – Geld für Nichtstun.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Einerseits wissen wir, dass die Inkompetenz der Ampel, einen verfassungsgemäßen Haushalt aufzustellen, natürlich auch die Frage von Einsparpotenzialen mit sich gebracht hat. Und da rückte die Erhöhung des Bürgergeldes auch wieder in den Mittelpunkt. Es passt aber auch zur Frustration und zu dem Groll, den die Menschen gegenüber den Regierenden im Moment haben und hegen. Es ist auch verständlich, meine Damen und Herren, wenn ein Finanzminister, Herr Geue, gestern Abend sich vor die Kamera stellt und sagt, die Auswirkungen zur Einigung zum Bundeshaushalt sind für den Landesetat überschaubar, wobei er ja gerade eben in der Regierungsbefragung einräumen musste, dass wir mit Fragen zur Besoldung natürlich auch das Lohnabstandsgebot zu berücksichtigen hätten, und dabei das Bürgergeld, die Erhöhung des Bürgergeldes unter anderem angeführt hat. [...] was ich noch viel dramatischer finde, ist, dass er sagt, die Aus-

wirkungen für den Landesetat sind überschaubar, aber ja, es kommt zu Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger, diese seien aber gewollt aus ökologischen Gründen, meine Damen und Herren. Und da muss ich Sie einfach fragen: Wie weit sind Sie mit dieser Linksregierung von den Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern entfernt?

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)*

[...] Gerade die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die hart arbeitenden Leute, die Pendler, die sind mal wieder die Gelackmeierten, und daneben natürlich auch die Landwirtschaft, die sehr prägend ist für unser Land. Ich hoffe, dass Sie wenigstens das zur Kenntnis nehmen können.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)*

[...] Wir sind aber auch im Gespräch – und das empfehle ich Ihnen auch mal – mit Mitarbeitern aus dem Jobcenter, die allesamt zu uns sagen, wir sind komplett zu einem System der Alimentierung gekommen

*(Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE: Quatsch!)*

und sie werden weitgehend in Ruhe gelassen.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Zurufe von Torsten Koplín, DIE LINKE,  
und Jeannine Rösler, DIE LINKE)*

Die Jobvermittlung spielt eine untergeordnete Rolle.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)*

Meine Damen und Herren, das ist der Vorreiter für Ihre Vordenker in dem Elfenbeinturm, die mit der Realität nichts zu tun haben.

*(Christian Albrecht, DIE LINKE: Da sitzen Sie doch!)*

Sie wollen irgendwann das bedingungslose Grundeinkommen – Geld für Nichtstun,

*(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)*

und das lehnen wir strikt ab, meine Damen und Herren.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Sabine Enseleit, FDP)*

[...] Meine Damen und Herren, das ist ein Schlag ins Gesicht der hart arbeitenden Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die früh aufstehen, lange Wege in Kauf nehmen und die sich von Ihnen sprichwörtlich wirklich verraten fühlen, und zwar zu Recht.

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Sie spielen hier die Menschen gegeneinander aus.)*

[...] Lassen Sie mich noch einen wichtigen Punkt hinzuziehen: Der Aspekt der Migration spielt auch beim Thema Bürgergeld eine eklatante Rolle.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)*

5,5 Millionen Menschen beziehen Bürgergeld, 2,9 Millionen Menschen von ihnen sind deutsche Staatsbürger.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

Das sind 52,7 Prozent, die restlichen 47,3 Prozent sind keine deutschen Staatsbürger.

*(Horst Förster, AfD: Richtig! Genau richtig!)*

Wer jetzt noch erzählen will, dass der deutsche Sozialstaat keine Anziehungskraft hat für Wirtschaftsflüchtlinge,

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)*

der verschließt die Augen vor der Realität, meine Damen und Herren!



Fraktion DIE LINKE

## ■ Ministerin Stefanie Drese:

„Bürgergelderhöhung ist sozialpolitisch richtig und verfassungsrechtlich geboten.“



Fotos: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! 14:1 – auf den ersten Blick hört sich das wie manch ein Ergebnis in der ersten Runde des DFB-Pokals an, wenn zwei Vereine mit deutlichem Klassenunterschied aufeinandertreffen, wenn nicht gerade der erste FC Saarbrücken spielt. Diesmal geht es mir jedoch nicht um Sport, dieses Mal geht es mir um einen noch druckwarmen Beschluss der diesjährigen Arbeits- und Sozialministerkonferenz, die letzte Woche stattfand. 14 Länder haben sich dafür ausgesprochen, dass die gesetzlich fixierte Bürgergelderhöhung unverändert umgesetzt wird.

*(Henning Foerster, DIE LINKE: Hört, hört!)*

Die Gegenstimme kam wie üblich aus Bayern, die Enthaltung von Baden-Württemberg.

Warum stelle ich das an den Anfang meiner Rede? Durchblicker ahnen es: Unabhängig von der Parteizugehörigkeit stellten sich 14 Fachkolleginnen und Fachkollegen ausdrücklich hinter das Bürgergeld, hinter dessen Grundsätze,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

hinter dessen Grundsätze und Instrumente und sprachen sich für die geplante Erhöhung des Bürgergeldes aus. Gemeinsam sind die für Soziales und Arbeit zuständigen Fachministerinnen und Fachminister der Auffassung, dass die Erhöhung des Bürgergeldes verfassungsrechtlich geboten und sozialpolitisch notwendig ist.

*(Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE: Richtig!)*

Gemeinsam haben wir damit über parteipolitische Grenzen hinaus klar zum Ausdruck gebracht, das Sparen zulasten der

Schwächsten in der Gesellschaft ist der falsche Weg.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Und jetzt kommen Sie in Mecklenburg-Vorpommern, wo besonders viele Menschen leistungsberechtigt sind, diesen Menschen wollen Sie von der CDU also das Geld wegnehmen,

*(Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE:  
Unglaublich! Unglaublich!)*

wollen sie an den Pranger stellen und eine Neiddebatte entfachen?!

*(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

Das ist unanständig, das ist schäbig, meine Damen und Herren!

*(Unruhe vonseiten der Fraktionen  
der CDU und DIE LINKE)*

Zehn Tage vor Weihnachten möchte die CDU also eine politische Debatte in dieses Haus tragen, die zum Ziel hat, den ohnehin schon häufig alles andere als einfachen Alltag der leistungsberechtigten Personen im Bürgergeldbezug noch mal ein bisschen unangenehmer zu gestalten –

*(Patrick Dahlemann, SPD: Unfassbar! Unfassbar!)*

ausgerechnet in Mecklenburg-Vorpommern!

*(Patrick Dahlemann, SPD: So ist es.)*

Haben Sie ernsthaft das Gefühl, die Menschen hier strengen sich nicht genug an und müssen angetrieben werden? Ihre Antwort ist mir schon klar, werde Kolleginnen und Kollegen der CDU. Es ist doch offensichtlich, dass Sie bei der Auswahl

des Themas auf die bundesweite Diskussion aufspringen wollen. Sie wollen die Daumenschrauben in der Arbeitsmarktintegration spürbar anziehen.

*(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig! –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

Das zeigt erstens, dass Sie das Bürgergeld nicht verstanden haben, und zweitens, dass Sie mindestens in Kauf nehmen, dass Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger pauschal in die Ecke derer gestellt werden, die unser Sozialsystem ausnutzen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Das ist unanständig und das ist schäbig!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)*

Statt wie so oft wie Lemminge Friedrich Merz und Markus Söder hinterherzulaufen, hätten Sie mal mit gestandenen Experten wie Karl-Josef Laumann reden sollen

*(allgemeine Unruhe)*

[...] Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der Anmeldung des Themas für die Aktuelle Stunde wird immerhin die Position der CDU Mecklenburg-Vorpommern in der Arbeits- und Sozialpolitik deutlich.

*(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)*

Sie wollen, und das nicht zum ersten Mal, bei den Ärmsten und Schwächsten in der Mitte der Gesellschaft sparen.

*(Sebastian Ehlers, CDU:  
Fördern und Fordern!)*

Foto: Uwe Srinnecker



Ministerin Stefanie Drese

## Nikolaus Kramer, AfD:

„Sie müssen doch mal endlich wach werden.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Festzuhalten ist doch, dass die Entscheidung des Bürgergeldes [...] hat sich die CDU-Fraktion oder die CDU im Bund zum Steigbügelhalter für das Bürgergeld gemacht –, und eins ist mal klar, die Einführung des Bürgergeldes ist das Wahrwerden des feuchten Traums der Sozialdemokraten und der LINKEN in diesem Land anstelle des bedingungslosen Grundeinkommens, meine Damen und Herren. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Julian Barlen, SPD: Schon mal was  
vom Bundesverfassungsgericht gehört? –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Ja, bin ich regelmäßig im Austausch, Herr Barlen.

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Gestern  
haben Sie das noch abgelehnt –  
Zuruf von Julian Barlen, SPD)*

[...] Die CDU überschreibt jetzt hier ihre Aktuelle Stunde mit dem Titel „Sofortiger Kurswechsel ... Fehlanreize vermeiden“. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie hätten im Bundestag die Gelegenheit gehabt, diesen Kurswechsel zu vollziehen, weil die AfD-Bundestagsfraktion hat dort einen sehr intelligenten Antrag eingebracht [...] genau gegen diese Fehlanreize anzusteuern, indem wir [...], Bürgergeldbezieher zur Bürgerarbeit zwingen [...], also eine Pflicht aufzuerlegen im gemeinnützigen Bereich. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zurufe von Torsten Koplín, DIE LINKE,  
und Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)*

[...] Was aber nicht sein darf, meine Damen und Herren, ist, dass hier alle gleichgemacht werden, erstens, und zweitens, dass sich Menschen auf der sozialen Hängematte ausruhen.

*(Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE:  
Wer ruht sich denn auf der Hängematte aus?)*

Und wenn die Ministerin Drese hier kommt und vom Abstandsgebot fabuliert und uns vorwirft oder der CDU vorwirft, dem Einbringer vorwirft, dass wir auf diesem Abstandsgebot herumreiten würden, meine Damen und Herren, natürlich reiten wir darauf herum, und das zu Recht. [...] Und dann kommt sie hier mit Zahlen, Daten und Fakten,

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE:  
Fakten! Fakten!)*

hat sich da ein ganz hervorragendes Beispiel rausgesucht, das bestgerechnete Beispiel, vergisst aber in all ihren Beispielen, dass wir vom Netto ausgehen müssen, Frau Ministerin.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Und Sie gehen mit Ihrem Rechenbeispiel vom Brutto aus, und da liegt der Hase im Pfeffer.

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE:  
Da liegt nicht der Hase im Pfeffer. –  
Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)*

Ich kann Ihnen mal ein Beispiel bringen aus Greifswald. Ein Kumpel von mir, der ist selbstständiger Kfz-Werkstattmeister [...] und er sagte, weißt du was, Nikolaus, im Grunde überlege ich, meine Werkstatt dichtzumachen. [...] ich arbeite von morgens bis abends, und am Ende des Monats bleibt mir nicht mehr als einem Bürgergeldempfänger. Da kann ich doch meinen Laden dichtmachen, mich auf die soziale Hängematte legen und einen Larry machen, aber dann funktioniert dieser Staat nicht.

[...] Und dann kommen wir auch jetzt mal zu dem Punkt, den auch Herr Peters hier angesprochen hat, ne?! Also diese Rechtspopulismusschiene, die klauen Sie uns bitte nicht, ja?!

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Christian Winter, SPD)*

Aber Sie haben natürlich völlig recht, wenn ich mal zum Thema Migration komme: Schauen wir uns doch mal die Zahlen an! Von den Bürgergeldempfängern in der Bundesrepublik Deutschland sind 55 Prozent Deutsche, rein rechnerisch demzufolge 45 Prozent Ausländer beziehungsweise Menschen mit Migrationshintergrund, aber der Anteil der Bevölkerung ist 87 Prozent Deutsche und 13 Prozent Ausländer.

*(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

[...] Meine Damen und Herren, wie erklären Sie sich denn, wenn Sie immer erzählen, mit der Zuwanderung kommen Fachkräfte in unser Land, dass 45 Prozent der sogenannten eingewanderten Fachkräfte auf das Bürgergeld angewiesen sind? Das kann doch dann nicht aufgehen.



*(Horst Förster, AfD: Das wird durch Einbürgerung geregelt. – Zuruf von Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)*

Das kann doch dann nicht aufgehen. Sie müssen doch mal endlich wach werden und merken, dass Ihre Politik, meine Damen und Herren, sowohl hier im Land als auch auf Bundesebene absolut gescheitert ist.

## ■ Henning Foerster, DIE LINKE:

„Nichts ist der CDU zu plump.“



Fotos: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bürgergelddebatte der Union ist widerlich, sagte meine Gewerkschaftskollegin und Bundestagsabgeordnete Susanne Ferschl

*(Sebastian Ehlers, CDU: Welcher Fraktion gehört sie an?)*

jüngst als Replik auf Forderungen,

*(Zuruf von Enrico Schult, AfD)*

jungen Arbeitslosen das Bürgergeld um 50 Prozent oder mehr zu kürzen. Und ich sage, sie hat recht, denn mit der allgegenwärtigen Hetze in Stammtischmanier sollen die Schwachen gegen die Schwächsten, also die Geringverdiener gegen die Bürgergeldbeziehenden, in Stellung gebracht werden.

*(René Domke, FDP: Das muss doch mal geklärt werden.)*

Nichts ist der CDU zu plump, um auf diesem Wege den Frust bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zu befördern, in der Hoffnung, selbst politisch Honig daraus saugen zu können.

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

[...] Und deswegen ist die AfD angetreten, um dieses umzukehren, meine Damen und Herren, damit wir endlich wieder in einem lebenswerten Land leben, in einem lebenswerten Mecklenburg-Vorpommern, in einer lebenswerten Bundesrepublik Deutschland. – Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*



Schülerinnen und Schüler aus Rostock verfolgen die Debatte von der Besuchertribüne aus. Interessenten können sich anmelden über: [besucherdienst@landtag-mv.de](mailto:besucherdienst@landtag-mv.de).

Mit dieser Kampagne wird das gesellschaftliche Klima vergiftet. Gleichzeitig lässt sich so wunderbar von politischen Alternativen wie Steuererhöhungen für Superreiche oder eine Investitionsoffensive der öffentlichen Hand ablenken.

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Genau.)*

Und billigend wird dabei in Kauf genommen, dass Menschen in Armut gehalten werden.

*(René Domke, FDP: Da helfen zusätzliche Feiertage.)*

[...] Auch heute hören wir wieder das ewiggleiche Wehklagen, Arbeiten müsse sich endlich wieder lohnen. Wenn das tatsächlich Ihr Ziel ist, dann hätte ich einen guten Tipp für Sie: Boykottieren Sie künftig nicht alle Anstrengungen zur Anhebung von Mindestlöhnen oder zur Stärkung der Tarifbindung,

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

dann kommen wir dem Ziel vielleicht endlich einmal näher!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...] Ganz christlich sollten wieder einmal diejenigen die Zechen dafür zahlen, von denen man vermeintlich wenig bis gar keinen Widerstand erwartet. Kein Gedanke daran, wie fehlende Einkünfte durch höhere Steuern oder weniger Steuerergänzung an Wohlhabende kompensiert werden könnten.

*(René Domke, FDP: Die da wären?)*

Umverteilung von oben nach unten soll es auch künftig nicht geben,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Höhere Steuern! Höhere Steuern!)*

stattdessen soll dann doch besser der Sozialstaat gerüpft werden.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Den rupfen  
Sie doch mit Ihrem Bürgergeld. Darum gehts ja.)*

Dieser Kurs ist brandgefährlich, denn er schürt Ressentiments gegen arme Menschen, und auch inhaltlich sind diese Forderungen ohnehin zum Scheitern verurteilt. Die Erhöhung des Bürgergeldes hat nämlich längst das parlamentarische Verfahren durchlaufen, das Bundesverfassungsgericht hat sie als unverfügbar eingestuft, und dennoch wird munter weiter Stimmung gemacht [...] Bettina Kohlrausch, Wissenschaftliche Direktorin am WSI, sagte der ARD jüngst unter Bezug auf die aktuell laufende Diskussion: Wir haben festgestellt, dass man in allen denkbaren Konstellationen mehr Geld hat, wenn man arbeitet, und dass der Abstand teils auch sehr deutlich ist. Einen Anreiz, nicht zu arbeiten und stattdessen Bürgergeld zu beziehen, sieht sie hingegen nicht.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Wo wohnt die?)*

[...] Für meine Fraktion ist daher klar, dass es keinen sozialen Kahlschlag geben darf. Das Bürgergeld hat Hartz IV als klareres und ein Stück weit auch menschlicheres System abgelöst. Und dennoch kann sich niemand in die soziale Hängematte legen, denn auch aktuell sind die inzwischen als Leistungsminderung bezeichneten Sanktionen möglich. Und deshalb sollte die Politik mit Blick auf die anstehenden großen Herausforderungen aus meiner Sicht auch kreativer sein, zum Beispiel im Umgang mit der Schuldenbremse, statt vergleichsweise kleine Beträge aus dem sozialen Sicherungssystem herauszuquetschen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Meine Damen und Herren, ich setze darauf, dass den allermeisten Menschen in unserem Land klar ist, dass wir für eine gute Zukunft im Hier und Jetzt mehr Geld für Straßen, Schienen, Schulen oder die Transformation der Wirtschaft in die Hand nehmen müssen. Und mich macht es wütend, dass die Anhänger der Schuldenbremse stets verkennen, dass Deutschland nur deshalb so gut durch Bankenkrise, Coronapandemie und Energiekrise gekommen ist, gerade weil der Staat da massiv Geld in die Hand genommen hat [...]

## ■ Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

### „Armut beschämt unser Land und unsere Gesellschaft.“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde Ihre Diskussion vonseiten der CDU, wie Sie auf dem Rücken der Ärmsten der Gesellschaft polemisieren, abstoßend.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Vizepräsidentin Beate Schlupp  
übernimmt den Vorsitz.)*

[...]

*(Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE:  
Aber so was von!)*

Das Bürgergeld, das endlich nach viel zu vielen Jahren Hartz IV abgelöst hat [...] ist die größte sozialpolitische Reform seit 20 Jahren. [...] Es wird von einem Sanktionssystem auf ein Anreizsystem umgestellt. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Das hilft im Übrigen auch den Unternehmen, wirklich Arbeits- und Fachkräfte zu bekommen, und nicht unqualifizierte Arbeitskräfte, die man dann vielleicht in irgendwelche Arbeiten zwingt, wie es die AfD offensichtlich in ihrem Menschenbild vorhat.

Dass nun aufgrund des Urteils des Verfassungsgerichtes gerade von den Konservativen das Bürgergeld gekürzt werden soll, widerspricht ja gerade dem Verfassungsgerichtsurteil, nämlich jenem, das starke Vorgaben für die Sicherung des Existenzminimums in Deutschland gemacht hat. Die Politik hat im Grunde wenig Einfluss auf die Höhe des Bürgergeldes, denn die gesetzlich umgesetzten Vorgaben [...] sind aus der Garantie der Menschenwürde abgeleitet. Daraus abgeleitet wurde der Regelsatz Anfang 2023 auch nur um die zwölf Prozent angehoben, die sich aus der besonders hohen Inflation

der regelbedarfsrelevanten Güter ergeben haben. [...]

Das Existenzminimum ist ein Grundrecht und muss zu jeder Zeit gesichert sein. Die Inflation lag ja bei den Lebensmitteln in den letzten Monaten bei fast 20 Prozent. Daraufhin wurden wir als GRÜNE, jetzt nicht willkürlich das Bürgergeld kürzen. [...] Sie können das Haushaltsloch nicht auf Kosten der Sicherung des Existenzminimums stopfen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

[...]

*(Daniel Peters, CDU: Das machen wir auch.)*

Armut beschämt nicht die betroffenen Menschen, Armut beschämt unser Land und unsere Gesellschaft.

Auch Ihre Hetze gegen Geflüchtete aus der Ukraine im Bürgergeldbezug ist hier fehl am Platze.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)*

Die meisten,

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

[...] befinden sich in vorbereitenden Maßnahmen. Sie lernen Deutsch. Das ist unser System. Bis vor wenigen Wochen hatten wir neun Monate Sperrfrist und haben den Menschen darüber hinaus gesagt, sie brauchen erst einmal ein ziemlich hohes Sprachniveau, bevor sie auf den Arbeitsmarkt können. Die Menschen selbst wollen aber arbeiten gehen. [...] Wenn Sie jetzt sagen, wir machen eine Rolle rückwärts und überführen sie ins Asylbewerberleistungsgesetz, ja, was haben Sie denn dann für das Bruttosozialprodukt gewonnen? Nichts! Glauben Sie, der Krieg endet dadurch? Glauben Sie, dann kommt niemand mehr? Nein, im Gegenteil!

Nun möchte ich zu der nächsten Falschmeldung kommen.

*(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)*

Die Behauptung, Arbeit würde sich nicht mehr lohnen, wird auch durch kontinuierliche Wiederholung nicht wahrer,

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

denn Sie unterschlagen ohne Unterlass, dass der Lohnabstand mit der Einführung des Bürgergeldes und der Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro im Prinzip gleich geblieben ist. Wer arbeiten geht, hat auch 2024 noch deutlich mehr Einkommen als eine Person im Bürgergeldbezug.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja, brutto.)*

Auch netto.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Nein.)*

[...]

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Alleinstehend mit zwei Kindern.  
Das ist einfach falsch, Herr Terpel!)*

[...]

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Nein, das ist falsch!)*

Ich weiß nicht, wo Sie her rechnen.

*(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

Nur, weil Sie die vorgeschlagenen Leistungen wie Wohngeld und Kinderzuschlag stets ignorieren, heißt das nicht, dass diese aufhören zu existieren. Anstatt Geringverdienende gegen Bürgergeldbeziehende aufzuhetzen, sollten Sie sich lieber für eine bessere Bezahlung und einen armutsfesten Mindestlohn einsetzen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Das wären z.B. 60 Prozent des mittleren Einkommens, was allein 2024 deutlich über 14 Euro bedeuten müsste. Das wäre auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Kürzen Sie die Sozialleistungen und halten Sie die Löhne niedrig, ist das Gift für die Binnenkonjunktur, gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten. [...]

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...]

*(Heiterkeit und Zuruf  
von Sebastian Ehlers, CDU)*

– Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

## ■ Sabine Enseleit, FDP:

„Wer eine Arbeit angeboten bekommt und diese ablehnt, wird sanktioniert.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Man kann es den Menschen [...] nicht verübeln, wenn sie [...] anfangen zu rechnen und feststellen, dass es ihnen im Bürgergeldbezug unter Umständen besser geht als in ihrem Job. Dann stimmt aber etwas nicht. Dann ist entweder das Bürgergeld im Vergleich zum Lohn zu hoch, oder das, was am Ende vom Lohn übrigbleibt, ist zu niedrig.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)*

Und beides ist bei uns der Fall.

Vor 20 Jahren wurde das System des Forderns und Förderns eingeführt und die damalige Sozialhilfe abgeschafft, vor dem Hintergrund von fünf Millionen Arbeitslosen [...] ein absolut notwendiger Schritt. [...]

*(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)*

[...] Heute sieht die Lage völlig anders aus. Die Situation hat sich komplett gedreht. Arbeitslosigkeit hat [...] nicht mehr die gleiche Brisanz und Hoffnungslosigkeit wie noch vor 20 Jahren. [...] Bei aktuell 1,8 Millionen offenen Stellen ist es schwierig, keinen Job zu finden. Kurz gesagt: Wer arbeiten will, kann arbeiten!

Und wo stehen wir aktuell als Land? Wir sind wieder der kranke Mann, haben einen explodierenden Sozialetat, kämpfen mit Haushalt und Schulden [...].

*(Zuruf von Christian Winter, SPD)*

Um aus dieser Lage herauszukommen,

*(Julian Barlen, SPD: Machen Sie Ihren Bundesfinanzminister mal nicht so schlecht!)*

müssten wir eigentlich [...] mehr arbeiten und nicht weniger, wie viele fordern. Nur so können wir unseren Wohlstand erhalten.

[...] noch nie war die Teilzeitquote so hoch wie jetzt.

*(Julian Barlen, SPD: Wenn das Herr Lindner wüsste, was Sie hier von sich geben!)*

[...]

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Christian Winter, SPD)*

Und das hängt auch mit den hohen Abgaben, fehlender Kinderbetreuung und unserem Steuersystem zusammen. Der Aufwand und die Einschränkungen für das, was am Ende übrig bleibt, sind einfach zu hoch.

Das Bürgergeld wurde von der Bundesregierung im Grundsatz auch nicht als soziale Hängematte definiert, sondern zum bildungsorientierten Trampolin umfunktioniert, das einen wieder in den qualifizierten Arbeitsmarkt katapultieren soll. Es ist als vorübergehender Zustand gedacht, mit dem Ziel, schnellstmöglich im Job wieder Fuß zu fassen und damit ausreichend Möglichkeiten zu schaffen, für diejenigen zu sorgen, die aus nachvollziehbaren Gründen nicht die Leistung bringen können wie andere.

Solidarität ist bekanntermaßen keine Einbahnstraße, sondern sollte auch dem Busfahrer, der Krankenpflegerin und, ja, auch der Unternehmerin und dem Unternehmer entgegengebracht werden, die dafür sorgen, dass das Trampolin funktioniert. Auch wenn die Erhöhung innerhalb eines Jahres um 24 Prozent enorm ist und die jetzt geplante Anpassung an die Inflation nicht mehr gerechtfertigt ist – denn aktuell liegt diese bei 3,2 Prozent, angenommen werden aber 9,9 Prozent –, es ist eigentlich nicht die Höhe des Bürgergeldes, um die es geht. Die ist eigentlich nebensächlich, [...] wenn das Konzept des Forderns und Förderns der zweiten rot-grünen Bundesregierung einfach umgesetzt würde. Wer eine Arbeit angeboten bekommt und diese ablehnt, wird sanktioniert. Wer sich im überschaubaren Zeitraum qualifizieren kann, soll dies tun, in die Erwerbstätigkeit wechseln und mit seinen Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern dafür sorgen, dass das elementare Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft bezahlbar bleibt, Hilfe und Unterstützung für die Schwächsten der Schwachen zu ermöglichen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)*

[...]

## Julian Barlen, SPD:

„Das Bürgergeld ist viel mehr als ein Regelsatz.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Ich möchte mit einem Zitat beginnen, [...] was Herr Kramer dem Redner der CDU [...] zugerufen hat, [...]. „Überlassen Sie uns doch bitte den Rechtspopulismus!“, Zitatende.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Das ist Ihre einzige Sorge.)*

Das sagt [...] viel darüber aus, was wir von der Rede [...] des Kollegen Peters zu halten haben.

*(Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus  
und Torsten Renz, CDU)*

Ich muss sagen, dieser Redebeitrag zu der Lebenssituation der Schwächsten in unserer Gesellschaft, war ein wirklicher Tiefpunkt, wie ich ihn in den letzten Jahren hier in der parlamentarischen Debatte nicht erlebt habe. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Wir erleben [...] die Verabschiedung der CDU von jeder staatspolitischen Verantwortung für die Menschen [...] in diesem Land [...].

Und schlimmer noch [...]. Sie versucht, die Menschen [...] hinter das Licht zu führen, was ihre eigentlichen Absichten betrifft. [...]

[...] Offensichtlich sind Sie bereit, es auf dem Rücken der schwächsten Menschen in unserer Gesellschaft auszutragen. Das [...] ist schäbig [...].

Erst stimmt die CDU im Bund [...] der Einführung des Bürgergeldes zu [...]. Dann kritisiert sie das von ihr selber [...] beschlossene Bürgergeld als zu hoch und möchte nun [...] das Bürgergeld in seiner jetzigen Form ganz abschaffen. Begründung: [...] Arbeit würde sich [...] nicht mehr lohnen.



Schülerinnen und Schüler aus Rostock schauen wo welche Abgeordneten sitzen.

*(Zuruf von Christian Albrecht, DIE LINKE)*

Das kann man als CDU machen, [...] dann muss man sich aber [...] Kritik gefallen lassen, [...] dass es wenig rechtstreu ist, ein Gesetz selber zu beschließen, [...] und dann bei einer [...] korrekten Umsetzung dieses selbst beschlossenen Bundesrechtes von Bord zu gehen.

*(Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

Staatspolitische Verlässlichkeit und Rechtstreue geht anders [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

Das ist eine Frage des Menschenbildes,

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Richtig!)*

[...] Aber das Menschenbild scheint an dieser Stelle nicht in der Erwägung der CDU zu sein. Unterstellungen, das Schüren von Vorurteilen gegen Arbeitslose [...] ist offensichtlich im Kalkül der CDU vermeintlich effektvoller, als [...] konstruktive Vorschläge zu machen [...]. Das ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die wir ablehnen

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ja.)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Zuruf von Martin Schmidt, AfD)*

[...] vor allem ist an der CDU-Argumentation [...] vieles falsch [...].

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

Zum Beispiel [...] Friedrich Merz' Aussage, im Transferleistungsbezug habe man am Ende des Jahres mehr verfügbares Einkommen, als wenn man arbeiten gehe. Das ist falsch! [...] Dazu haben die Institute [...] Berechnungen angestellt, haben das eins zu eins widerlegt. [...] Arbeit lohnt sich nämlich tatsächlich immer,



Julian Barlen (Fraktionsvorsitzender SPD) am Rednerpult.

*(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)*

und auch im [...] Jahr 2024. Das sagen alle Berechnungen der Institute, die es dazu gibt. [...] Und weniger [...] engagiert wird von der CDU die [...] wichtigere Frage erörtert, wie man [...] den Lohnabstand üppiger macht, ohne nach unten zu treten [...] –, nämlich durch einen deutlich höheren Mindestlohn

*(Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE: Ja.)*

oder auch zum Beispiel durch gute Tariflöhne [...]. Und da wird es spannend: Als die CDU der Bürgergelderhöhung im vergangenen Jahr zugestimmt hat, [...] da hat sie gleichzeitig beim Mindestlohn nicht mitgemacht. Da stellt sie sich hier im Landtag hin und macht beim Tariftreuerrecht auch nicht mit! [...] Das wäre mal ein Ansatz, anzuerkennen, dass das Bürgergeld viel mehr ist, als ein Regelsatz. Es ist Chance, [...] es ist Hilfe [...] und vor allem eine ernst gemeinte Ansage auf Qualifizierung [...].

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Die sind doch alle Bittsteller geworden.)*

Unser Ziel ist es, [...] alle in Arbeit zu bringen. Das braucht die Wirtschaft [...]. Das Bürgergeld ist eine sehr sinnvolle Leistung [...], das in Not solidarisch hilft [...]. Arbeit ist Würde, Selbstbestimmung, Respekt. Arbeit [...] bringt unserer Gesellschaft Wohlstand,

*(Unruhe bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

und dieser Wert der Arbeit lässt sich nicht dadurch steigern, dass Geringverdiener, dass Arbeitslose gegeneinander ausgespielt werden [...].

# Landeshaushalt für die Jahre 2024/2025 verabschiedet

Zweiter Doppelhaushalt der Legislatur umfasst knapp 23 Milliarden Euro

■ Am 13. Dezember 2023 fand die Zweite Lesung zum Haushaltsgesetz 2024/2025, zum Haushaltsbegleitgesetz 2024/2025 und zur mittelfristigen Finanzplanung 2023 bis 2028 statt. Damit verbunden war die Beratung des Antrags von SPD und DIE LINKE zur Lockerung der Schuldenbremse und des CDU-Antrags auf Prüfung der Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts auf den Landeshaushalt.

Die mehr als 450 Änderungsanträge zum knapp 23 Milliarden Euro umfassenden Haushalt wurden fast alle von der Opposition erarbeitet. In der vierstündigen Generaldebatte sparte sie dann auch nicht mit Kritik. FDP und CDU erkannten kein „Einnahmeproblem“, sondern ein Problem, die Mittel „zukunftsfähig“ zu verwenden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vermisste die Fokussierung auf einen "Klimaschutzhaushalt" und die AfD verurteilte die Verwendung hoher Summen zur Bewältigung der Migration.

Die Regierungskoalition lobte ihre solide Finanzpolitik und konsequente Umsetzung des Koalitionsvertrags mit den Schwerpunkten Bildung, Soziales, Energiewende und Mobilität.

Eine von der CDU beantragte Dritte Lesung wurde gleich zu Beginn des zweistündigen Abstimmungs-marathons mehrheitlich abgelehnt, so wie im Laufe der Abstimmung auch alle Änderungsanträge der Opposition. Der Haushalt als Ganzes wurde mit den Stimmen der Regierungskoalition und sonstiger Ablehnung angenommen. Somit stand spät am Abend um 22:30 Uhr der zweite Doppelhaushalt der Legislatur fest.

■ **Tilo Gundlack** (SPD), Vorsitzender des Finanzausschusses, berichtete dem Parlament, dass die CDU in der Ausschusssitzung am 23. November 2023 die abschließende Haushaltsberatung bis zur Bestätigung des Bundeshaushalts 2024 aussetzen wollte. Mit Verweis auf die Planungssicherheit für die Kommunen wurde dies von SPD, AfD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Der Politiker führte weiter aus, dass der Finanzausschuss in sieben Sitzungen 18 Beschlussempfehlungen ausgearbeitet habe.

Die Ausschussmitglieder diskutierten die 499 Änderungs- oder Entschließungsanträge, von denen 76 angenommen wurden, „sehr intensiv und teils sehr kontrovers“.

Außer zum Einzelplan des Finanzministeriums empfehle der Ausschuss zu allen anderen Einzelplänen Änderungen. Tilo Gundlack befand, dass der Finanzausschuss „sehr konstruktiv und einmütig im Sinne unseres Landes“ agiert habe.

■ Der Doppelhaushalt 2024/2025, so Fraktionsvorsitzender **Julian Barlen** (SPD) zeige, wie mit „Zukunftsinvestitionen und soliden Finanzen“ Krisen begegnet, die „wirtschaftliche Konjunktur“ gestärkt und „die Generationengerechtigkeit“ gesichert werde.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bliebe es nun die „klare Erwartungshaltung aller und insbesondere zukünftiger Generationen, dass die Politik Zukunftsinvestitionen für eine gute Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie priorisiert“.

Daseinsvorsorge, Investitions- und Innovationskraft sowie Zukunftsrenditen kennzeichneten neben Sparsamkeit und Effizienz eine gerechte, nachhaltige und zugleich seriöse Haushaltspolitik. Grundsätzlich sei dies ohne neue Schulden zu

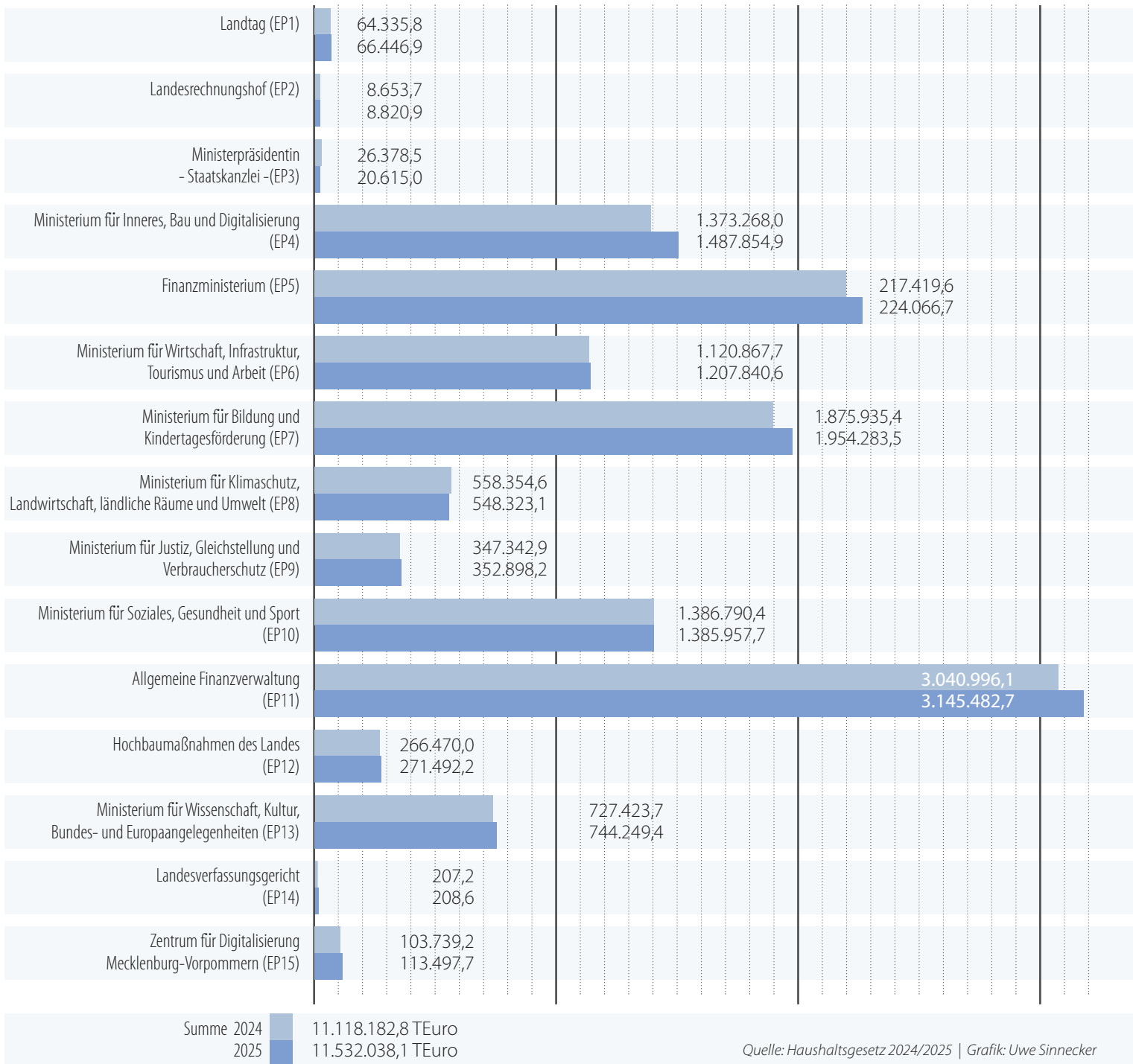
bewältigen. Wenn aber die geltenden Beschränkungen „in Zeiten von Krisen und Wandel“ Zukunftsinvestitionen verhinderten, dann müsse eine Weiterentwicklung der Schuldenregeln erwogen werden.

## Wesentliche Änderungen der Einzelpläne

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Tilo Gundlack (SPD), informierte in der Generaldebatte über die wichtigsten Änderungsempfehlungen zu den Einzelplänen (EP) und den Stellenplan. So soll EP 1 eine neue Stelle für den IT-Bereich berücksichtigen und EP 2 vier neue Stellen für die Finanzkontrolle. Für den EP 3 wurden Einsparungen bei den Kosten der Telekommunikation angeraten. In den EP 4 sollen jährlich 20.000 Euro für den Verein Polizeihistorische Sammlung Neubrandenburg eingestellt werden. Während es zu EP 5 keine Veränderungen gab, wurde sich für Änderungen am Wirtschaftsplan der Landesenergie- und Klimaschutzagentur im EP 6 ausgesprochen. In EP 7 und EP 8 legte der Finanzausschuss Änderungen von Haushaltsvermerken nahe. Ferner riet er zu Änderungen an den Stellenplänen für EP 7 und 9.

Im EP 10 wurde empfohlen, 3 Millionen jährlich für Zuschüsse zur Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufen einzustellen. Dem EP 11 wurde eine Änderung bei Verstärkungstiteln angezeigt und eine Entschliebung zum Umgang mit eventuellen Einnahmeverlusten durch die ausstehende Bundesgesetzgebung. Der EP 12 enthalte Änderungen zur JVA Waldeck und der EP 13 ein neues Budget von jährlich 100.000 Euro für die Unterstützung der Ukraine. Für den EP15 befürwortete der Finanzausschuss die Erstellung eines Stellenplans für das Zentrum für Digitalisierung in Vorpommern.

Haushalt 2024/25 Ausgaben 2024/25 | Beträge in TEURO



„Der Bund ist in einer Haushaltskrise – Mecklenburg-Vorpommern ist es nicht. Wir bleiben handlungsfähig“, stellte **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) in Vertretung für Ministerpräsidentin Manuela Schwesig ihren Ausführungen voran. Von einer Vertagung der Haushaltsverabschiedung könne sie „nur dringend abraten“.

Das Land spare mit der Auflösung und vorzeitigen Tilgung des MV-Schutzfonds von 450 Millionen Euro „enorme Kreditzinsen“. Daneben setze der solide Haushalt trotz aller Herausforderungen klare Schwerpunkte und Prioritäten. Der erste Schwerpunkt seien 800 Millionen Euro für die Energiewende. Zum zweiten gehöre die Mobilität mit einem landesweiten Busnetz, Senioren-

und Azubi-Ticket, Ausbau der digitalen Infrastruktur und 86 Millionen Euro für den Straßenbau. Den dritten Schwerpunkt bildeten eine Milliarde Euro für die beitragsfreie Kita und mehr Qualität in der Kinderbetreuung. 400 Millionen Euro stünden für den Schulbau bereit. Der vierte Schwerpunkt umfasse die Stärkung des sozialen Zusammenhalts mit 12,8 Millionen Euro für den Sport sowie



25 Millionen Euro für die Feuerwehren. Mit diesem Haushalt übernehme die Koalition Verantwortung für heute und morgen, für ein wirtschaftlich starkes, sozial gerechtes und nachhaltiges Land, fasste die Ministerin zusammen.

■ Dem Fraktionsvorsitzenden **Nikolaus Kramer** (AfD) war es wichtig, den Steuerzahlern zu danken. Als parlamentarische Opposition sah er es als seine Aufgabe, die Regierungspläne „kritisch zu bewerten“ und verwahrte sich gegen die Gleichsetzung von Opposition und Demokratiefreunden.

Nikolaus Kramer argumentierte, dass eine Entscheidung für eine bestimmte Mittelverwendung auch immer eine Entscheidung gegen eine andere Verwendung sei.

### Antrag SPD und DIE LINKE

**Mit Zukunftsinvestitionen und soliden Finanzen die Krisen beherrschen, wirtschaftliche Konjunktur stärken und Generationengerechtigkeit sichern.**

Drucksache 8/2817

Die Regierungsfractionen vertraten die Auffassung, dass Investitionen gerade in Krisenzeiten einen wichtigen Impuls für die Stabilisierung und zukunftsfeste Ausrichtung der Wirtschaft lieferten. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. November 2023 wurde die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse gestärkt: Sondervermögen können weder zweckentfremdet noch zeitlich unbegrenzt verwendet werden.

Darum regten SPD und DIE LINKE eine Weiterentwicklung der Schuldenbremse an, um Zukunftsinvestitionen, wie Sicherheit, Klimaschutz, Bildung und Digitalisierung unabhängig von kurzen Fristen zu ermöglichen und zugleich die Kreditierung laufender Ausgaben zu verhindern.

Die Regierungskoalition forderte die Landesregierung auf, sich mit dem Bund und den Ländern für eine „verfassungskonforme, faire und stabile Finanzierung von Zukunftsinvestitionen“ einzusetzen.

Der Antrag wurde angenommen.



Foto: Uwe Sinnecker

Finanzminister Dr. Heiko Geue während der Haushaltsberatung am 12.12.2023

Mit der im Doppelhaushalt geplanten halben Milliarde Euro für Flüchtlinge entscheide die Regierungskoalition, das Geld nicht für andere Zwecke auszugeben. Die AfD erkenne „einen angemessenen Beitrag“ zur Versorgung „echter Flüchtlinge“ an. Aber wichtiger sei der AfD ein 200 Millionen Euro-Budget für ein Landespflegegeld. Sie halte es für eine „Pflicht“, der Generation der „betagten, pflegebedürftigen Landsleute“ einen „würdigen Lebensabend“ zu sichern. Zudem schlug die AfD die Senkung der Grunderwerbsteuer zur Entlastung der Bürger um 80 Millionen Euro vor.

■ 700 Millionen Euro im Landeshaushalt könnten vom Urteil des Bundesverfassungsgerichtes betroffen sein, warnte der Fraktionsvorsitzende **Franz-Robert Liskow** (CDU) und verteidigte die Forderung seiner Fraktion nach einer Dritten Lesung sowie einer Prüfung durch den Landesrechnungshof. Es sei „Pflicht“ der Opposition, Fehler zu thematisieren. „Sie wollen zeigen, die Welt mag untergehen, aber wir arbeiten hier weiter nach Plan“, warf er der Regierungskoalition vor. Auch einer Lockerung der Schuldenbremse werde die CDU „immer entgegentreten“. Der Staat müsse mit den laufenden Einnahmen auf einem gleichmäßigen Level investieren.

Die CDU habe Investitionsvorschläge eingereicht, die durch „Optimierungen“ eine Haushaltsentlastung von 85 Millionen Euro bringen würde. Dazu gehörten mehr Effizienz der Prozesse und der Organisation in der Landtagsverwaltung,

die Verbesserung der strategischen Steuerung im Vertragsmanagement sowie Fach- und Finanzcontrolling in der Jugend- und Sozialhilfe.

■ In Zeiten der Unsicherheit ergriffen die Regierungsfractionen Chancen, hob die Fraktionsvorsitzende **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) hervor. Diese flankiere der Haushalt mit „ganz klaren Leitplanken: sozial gerecht; wirtschaftlich stark und ökologisch nachhaltig“. Mit etwa 1,95 Milliarden Euro wurden noch „nie zuvor [...] so viele öffentliche Mittel auf die Bildung konzentriert“, bilanzierte die Abgeordnete. Auch der Bereich der Sozialpolitik sei mit 1,4 Milliarden Euro „finanzpolitisch ein Schwergewicht“. Rund 1,2 Milliarden Euro für die Wirtschaft stellten den drittgrößten Fachhaushalt des Landes dar. Gleichzeitig erteilte sie einem Aufschub der Haushaltsverabschiedung eine Absage: „Dann kommen über eine halbe Milliarde Euro nicht dort an, wo sie eben dringend gebraucht werden“. Das Land habe nun „einen robusten Fahrplan nicht nur für das Hier und Jetzt. Wir stellen damit auch die Weichen für den Weg in eine gute Zukunft“, schloss die Abgeordnete ihre Ausführungen.

■ Es sei richtig, die Verabschiedung des Doppelhaushalts nicht auszusetzen, bekräftigte der Fraktionsvorsitzende **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Denn es stünde bei Bedarf „das Instrument des Nachtragshaushalts zur Verfügung“.

## Haushalt 2024/25

Aber für seine Fraktion sei die „Kernfrage“, ob der „vorgelegte Zahlenaufguss“ die Zielvorstellung von einem „haushälterisch verantwortungsvollen“ und „sektorübergreifenden Klimaschutz“ für die nächsten Jahre widerspiegle.

„Unsere Antwort lautet nein“, wurde der Abgeordnete deutlich. Das liege teilweise am Umgang mit den Änderungsvorschlägen. Auch bei der Erarbeitung des Klimaschutzgesetzes sehe seine Fraktion eine „Hinhaltetaktik von Beginn der Legislaturperiode“ an. „Vier verlorene Jahre“, befand Dr. Terpe. Dabei wäre ein „Klimaschutzhaushalt“ gerade für MV mit seinem „Ressourcenvorteil bei Wind und Sonne für die Erzeugung erneuerbarer Energie“ bedeutsam, um daran eine „Wertschöpfungskette [zu] knüpfen“, bedauerte der Abgeordnete die vertane Chance.

Auch der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP) dankte dem Steuerzahler und mahnte seine Kollegen, zu verinnerlichen, „dass wir nur Sachwalter der Steuergelder sind“. Denn trotz Krisen und Rekorderlösen bei den Steuern diskurtiere man über die Aufweichung der Schuldenbremse und Steuererhöhungen. Der Abgeordnete riet der Regierungskoalition, „mit dem Geld auszukommen, was da ist“.

Ihn ärgerte, dass sich seit der Haushalts-einbringung nichts verändert habe. Ihm fehle eine Zielsetzung, eine Vision. Allein seine Fraktion habe über 100 Vorschläge zu Bürokratieabbau, Modernisierung, Digitalisierung und Demografie erarbeitet, die trotz mitgelieferter Deckungsquelle alle „weggestimmt“ wurden. Das nenne er „mutlos“. Sorge bereitete René Domke ein „Loch von insgesamt 1,4 Milliarden Euro“ durch ungedeckte Handlungsbedarfe der nächsten Jahre. Diese erhöhten sich in der mittelfristigen Planung 2026 bis 2028 von 430 Millionen Euro über 457 Millionen Euro auf 475 Millionen Euro. Das sei „absolut unseriös“, und er wisse nicht, wie damit die Zukunft des Landes gestaltet werden könne.

Natürlich habe man im Finanzausschuss auf jeden Änderungsantrag eine Antwort geliefert, entgegnete **Tilo Gundlack** (SPD) seinem Kollegen. Ob diese dem Antragsteller gefiele, sei etwas anderes.

Der Abgeordnete lobte, dass mit den geplanten Jahresbudgets von rund 11 Milliarden Euro nicht nur wesentliche Vorhaben der Koalition umgesetzt werden, sondern auch Gemeinden und Landkreise mehr Mittel erhielten. Insgesamt „ein solider Haushalt“ trotz großer Herausforderungen. Dazu gehörten die inflationsbedingten „deutlichen Ausgabensteigerungen“ im „Normalgeschäft“, Mittel zur Krisenbewältigung, wie Tilgung des Schutzfonds, gestiegene Energiekosten, Aufwendungen für Geflüchtete sowie die Finanzierung der Transformationsaufgaben, wie Klimaschutz und Energiewende, Aufbau der Wasserstoffwirtschaft, Bewältigung des Fachkräftemangels und Digitalisierung.

Der Abgeordnete sah keine Notwendigkeit einer Prüfung durch den Landesrechnungshof, da der MV-Schutzfonds ausschließlich für die vorgesehenen Zwecke verwendet wurde. Eine Lockerung der Schuldenbremse würde hingegen die nächste Generation von den Erträgen der heutigen Investitionen profitieren lassen.

Finanzminister **Dr. Heiko Geue** (SPD) fiel es schwer, der „ganzen Grundkritik“ der Opposition zu folgen. Es werden allein in den nächsten 2 Jahren 3,3 Milliarden Euro in die „Jahrhundertchance Energiewende“ zur Ansiedlung einer klimaneutralen Industrie investiert. Der CDU entgegnete der Minister, dass in den kommenden vier Jahren die jährlichen Investitionen höher als in jedem der vergangenen zehn Jahre sein werden.

Auch habe die Landesregierung erstmalig Modernisierungskonzepte für die Reorganisation und Digitalisierung eingefordert, die im nächsten Jahr in Modellprojekte münden werden.

Die Bewältigung der Dreifachbelastung aus Normalgeschäft, Krisenbewältigung und Transformationsfinanzierung erfordere die Verwendung der Rücklagen. Trotzdem spare die Verwaltung allein 100

Millionen bei den Personalausgaben und 550.000 Euro bei den Reisekosten. Doch gerade durch diese Dreifachbelastung halte er die Debatte über die Schuldenregel für „notwendig und sinnvoll“. Man könne gar nicht so viel wie nötig im Normalgeschäft sparen, es sei denn, man wolle „einen ganz anderen Sozialstaat, ein ganz anderes Deutschland als man es heute habe“.

## Antrag CDU

**Ersuchen an den Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern zur Prüfung einer Angelegenheit von besonderer Bedeutung, gemäß § 88 Absatz 5 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern – Prüfung der Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts – 2 BvF 1/22 – auf den Landeshaushalt**

*Drucksache 8/2815*

Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 konnte der Bundeshaushalt nicht länger mit der Kreditermächtigung für das Corona-Sondervermögen aus dem Jahr 2021 arbeiten. Die nicht verbrauchten Mittel sollten in den Klima- und Transformationsfonds übertragen werden. Mit der Urteilsverkündung blieb offen, inwieweit auch andere Sondervermögen von Bund und Ländern betroffen sind.

Zur Klärung dieser Frage beantragte die CDU-Landtagsfraktion eine unabhängige Prüfung durch den Landesrechnungshof. Es ging vor allem um die gesetzestreue Verwendung des Sondervermögens „MV-Schutzfonds“ in den Jahren 2022 und 2023. Schwerpunkt der Prüfung sollten die mit Geldern des „MV-Schutzfonds“ eingerichteten Sondervermögen „Universitätsmedizin“ und „Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern“ bilden. Abschließend sollte der Landesrechnungshof feststellen, welche zukünftigen Auswirkungen das Urteil auf die Landeshaushaltsordnung habe. Ein Änderungsantrag der FDP wollte die Prüfung auch auf die Jahre 2020 und 2021 ausdehnen.

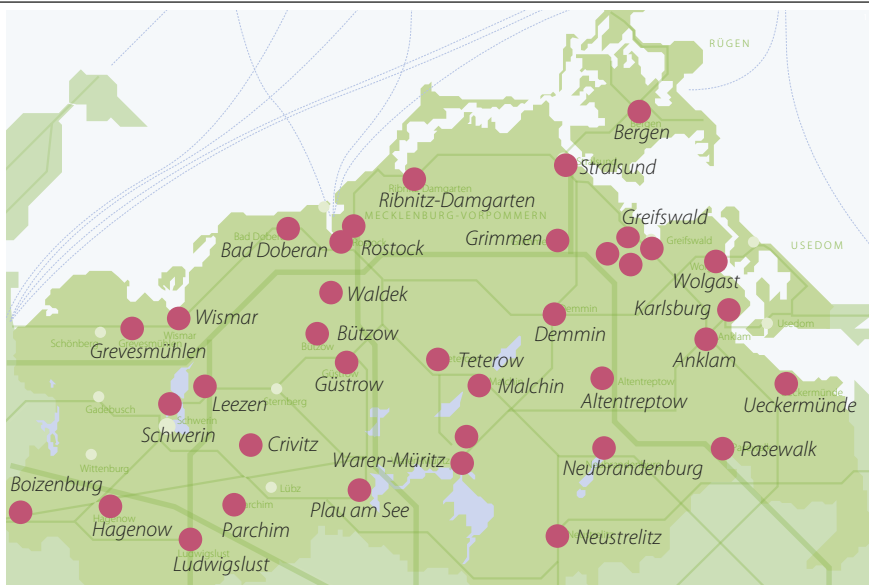
Beide Anträge wurden abgelehnt.

# Künftige Krankenhausversorgung im Blickpunkt

Bundesgesetz lässt weiter auf sich warten

■ In MV gibt es derzeit 37 Krankenhäuser. Sie leiden unter teils erheblichen Kostensteigerungen etwa bei Energie oder Löhnen und Gehältern. Viele Politiker warten auf ein Gesetz zur bundesweiten Krankenhausreform. Sowohl die Regierungskoalition als auch die CDU forderten die Landesregierung mit Anträgen auf, sich auf Bundesebene für Anpassungen stark zu machen.

■ Die Regierungsfractionen von SPD und DIE LINKE wollen gemeinsam erreichen, dass die anstehende Transformation der Krankenhausversorgung fair, sozial und nachhaltig abläuft. Kliniken seien von den aktuellen Kostensteigerungen in nahezu allen Bereichen betroffen, ohne sie an die Kostenträger weitergeben zu können, sagte **Christine Klingohr** (SPD). „Zudem sehen wir einen deutlichen Rückgang der Fallzahlen im stationären Bereich.“ Angesichts der rasanten Kostenentwicklung und den Einnahmeverlusten erscheine eine jährliche Anpassung des sogenannten Basisfallwertes nicht mehr auszureichen. Damit werden die Kosten abgebildet, die für erbrachte Leistungen abgerechnet werden. „Wir sehen den Bund in der Pflicht bei den Betriebskosten“, erklärte Klingohr. Sie sprach sich gegen eine pauschale Anhebung des Basisfallwertes aus. Dann würden alle Kliniken mehr Geld bekommen, unabhängig davon, ob die Mittel überhaupt gebraucht werden und die Versorgungsstruktur zukunftsfest ist. Es spreche auch nichts dagegen, dass Kliniken, die in der Vergangenheit Gewinne erzielt haben, diese zur Ausgleichung der Kosten einsetzen. Die Landesregierung solle sich im Bund für ein einmaliges Nothilfeprogramm für bedrohte Krankenhäuser stark machen.



Grafik: Uwe Sinnecker

Kliniken/Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern

Quelle: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport MV

■ **Katy Hoffmeister** (CDU) erinnerte an die Insolvenz der Warnow-Klinik in Bützow. „Es ist bedauerlicherweise zu erwarten, dass wenn keine Abhilfe kommt, wir auch 2024 mit solchen Verfahren rechnen müssen. Diese Entwicklung kann nicht im Sinne der Menschen in MV sein.“ Hoffmeister kritisierte, dass vom Bund noch immer kein Gesetzentwurf zur Krankenhausreform vorgelegt wurde. Es sei nun zu befürchten, dass es eine kalte Strukturbereinigung in der Krankenhausstruktur gibt. Die Kliniken hätten keine Möglichkeit, die Kostensteigerungen, zu denen noch die Tarifierhöhung käme, auszugleichen. „Die Folge ist, dass viele Krankenhäuser gegenwärtig auf ihre Rücklagen zurückgreifen.“ Die Alternative wäre die Kreditaufnahme. „Das kann nicht unser Interesse sein.“ Hoffmeister forderte die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine einmalige Anpassung des Landesbasisfallwertes für 2023 um fünf Prozent einzusetzen. Gleichzeitig solle dessen Berechnungssystematik überarbeitet werden, um die tatsächliche Entwicklung der Kostensteigerungen besser abbilden zu können. Andernfalls könne die bisherige Krankenhauslandschaft nicht aufrechterhalten werden.

■ Aus Sicht von Gesundheitsministerin **Stefanie Drese** (SPD) führt an einer grundlegenden Reform der Krankenhäuser kein Weg vorbei. „Wir brauchen das Krankenhausversorgungsverbess-

erungsgesetz. Allerdings muss der Inhalt besser und praktikabler als der Titel sein.“ Ziel müsse die Sicherung einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen Versorgung sein. Ein Weg dahin sei die Spezialisierung der Kliniken. Es müsse auch an Kooperationen gedacht werden. Es könne nicht mehr an jedem Standort jede Leistung angeboten werden. Ein wichtiger Schritt gerade für ein Flächenland wie MV sei auch die sogenannte Vorhaltefinanzierung der Kliniken. Es dürfe nicht mehr ausschließlich nach der Zahl der behandelten Fälle gehen. „Für die Bevölkerung notwendige medizinische Leistung vorzuhalten, muss entsprechend finanziert werden“, betonte die Ministerin. Für eine Versorgung in einem dünn besiedelten Flächenland müssten sektorenübergreifende Versorgungsstrukturen aufgebaut werden. „Diese sollten wohnortnah stationäre Krankenhausbehandlungen mit ambulanten und pflegerischen Leistungen verbinden“, sagte Drese. Dies sei auch mit Blick auf die demografische Entwicklung notwendig. Allerdings werde es noch geraume Zeit dauern, bis diese Maßnahmen umgesetzt werden können. Deshalb sei es für die finanzielle Situation der Kliniken in MV unabdingbar, dass es ein Vorschaltgesetz gibt, mit dem der Bund eine Überbrückungsfinanzierung gewährleistet. Darüber gebe es aktuell Streit mit dem Bund. „Doch wir sind hartnäckig“, betonte Drese. Es würden alle Kliniken benötigt. „Wir haben keine Überkapazität.“

Christine Klingohr  
(SPD)Katy Hoffmeister  
(CDU)Stefanie Drese  
(SPD)Thomas de Jesus  
Fernandez (AfD)Torsten Koplín  
(DIE LINKE)Dr. Harald Terpe  
(B 90/DIE GRÜNEN)Barbara Becker-  
Hornickel (FDP)

Der AfD-Abgeordnete **Thomas de Jesus Fernandez** kritisierte mit Blick auf die aktuelle Lage des Krankenhauses in Pasewalk die Landesregierung. „Dort finden keine Operationen mehr statt, dort gibt es kein steriles OP-Besteck, Notfallversorgung nur sehr begrenzt.“ Dies hätte schwerwiegende Folgen vor allem für ältere Menschen oder für Herzinfarkt- oder Schlaganfall-Patienten. Es sei seitens des Gesundheitsministeriums fahrlässig, dort nicht einzugreifen und die Lage zu entschärfen. Der AfD-Politiker sah als Grund für die anhaltenden massiven Probleme der Kliniken neben der hohen Inflation, früheren Corona-Regelungen und sinkenden Fallzahlen ein über Jahre hinweg aufgelaufenes Investitionsdefizit. De Jesus Fernandez zitierte eine Fachgesellschaft, nach deren Meinung jährliche Landesinvestitionen in Höhe von 200 Millionen Euro für die Krankenhäuser notwendig seien. 2022 seien nur 14 Millionen Euro investiert worden, sagte er. Die Landesregierung habe das Defizit erkannt und im aktuellen Haushalt 50,7 Millionen Euro eingestellt. „Das ist nicht ausreichend. Das ist ein Scheitern mit Ansage.“ Ebenso wie die CDU befürchte die AfD eine kalte Strukturbereinigung. „Alle Kliniken schreiben rote Zahlen.“ Es stehe in den Sternen, ob sie künftig wirtschaftlich agieren können.

**Torsten Koplín** (DIE LINKE) widersprach de Jesus Fernandez. „In die Krankenhauslandschaft dieses Landes sind in den letzten Jahrzehnten über 2,5 Milliarden Euro investiert worden. Wir haben eine moderne und leistungsfähige Krankenhauslandschaft in MV.“ Koplín betonte, dass im Koalitionsvertrag die Zahl von 37 Krankenhäusern klar festgelegt worden sei. Eine Reform der Krankenhausfinanzierung sei unbestritten notwendig, betonte Koplín. Hintergrund sei etwa die demographische Entwicklung, fehlen-

den Fachkräfte oder die Weiterentwicklung der Medizin. Zudem gebe es andere Entwicklungen wie die Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung. „Damit muss Schluss sein. Die Ökonomisierung muss zurückgedrängt werden“, forderte Koplín. Denn mit der Einführung des DRG-Fallpauschalen-Systems (diagnosis-related groups) seien die Kliniken unter finanziellen Druck geraten. Koplín kritisierte, dass in den bisherigen Planungen des Bundes zum Krankenhausgesetz die erheblichen Transformationskosten für die Umgestaltung der Kliniken nicht berücksichtigt werden.

Auch der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Dr. Harald Terpe**, wandte sich gegen die weitergehende Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung. Es gehe nicht an, dass Versichertengelder aus dem Gesundheitssystem herausgesteuert werden. Dies betreffe aber nicht nur die Gesellschaften. „Es sind auch Kommunen, die das aussteuern.“ Allerdings müssten die Kliniken auch ökonomisch aufgestellt werden, andernfalls würden die Krankenkassen nicht weiter finanzieren. Wichtig sei nun die Etablierung der sektorenübergreifenden Versorgung, sagte Terpe. Dabei gehe es um die Übernahme von ambulanten Leistungen aus der stationären Versorgung – auch in der Fläche. Der Bund müsse bei der Gesetzgebung Härtefallmittel bereithalten. Diese Gelder würden zur Abfederung bestimmter Lasten benötigt. Ein Beispiel dafür sei die drastische Absenkung der Patientenzahlen während der Corona-Pandemie mit den entsprechenden finanziellen Folgen. Es sei völlig unstrittig, dass die Transformation der Kliniklandschaft viel Geld kosten werde, das vom Bund aufzubringen ist. Auch müssten Sachkosten-Steigerungen berücksichtigt werden.

Zu viele Krankenhäuser in MV seien von der Insolvenz bedroht, sagte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP). In MV fehle allerdings im Gegensatz zu anderen Bundesländern der Spielraum für Standort-schließungen. Die wichtigsten Gründe für die Finanzierungsprobleme der Kliniken seien die mangelnde Finanzierung der Investitionskosten, die gesunkenen Fallzahlen und die nicht ausgeglichenen Kostensteigerungen. Die gesunkenen Fallzahlen seien auf die fortschreitende Verlagerung von Versorgungsleistungen aus dem stationären in den ambulanten Sektor zurückzuführen. Becker-Hornickel zeigte sich skeptisch, dass mit einer Erhöhung des Basisfallwerts um fünf Prozent Krankenhausschließungen vermieden werden können. Dies würde zudem zu Fehlanreizen in den Kliniken bei möglichen ambulanten-sensitiven Fällen und bei der anstehenden Strukturreform führen. „Es ist nicht sinnvoll, beim Motto ambulant vor stationär wieder einen Schritt zurück zu machen.“

Der Antrag der Regierungskoalition wurde bei Zustimmung von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ansonsten Enthaltung angenommen. Der Antrag sowie der Änderungsantrag der CDU wurden bei Ablehnung von SPD und DIE LINKE, sowie Zustimmung von CDU, FDP, AfD und Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

*Antrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE - Drucksache 8/2819  
Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 8/3382  
Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 8/2738 (neu)*

## Aufarbeitung der Corona-Pandemie

FDP scheitert mit Wunsch nach Enquete-Kommission

■ Jeder kann sich noch an die teils hitzigen Diskussionen um die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie erinnern. Tausende Menschen gingen auf die Straßen und protestierten. Die FDP wollte erreichen, dass das damalige Geschehen aufgearbeitet wird, das Mittel der Wahl dazu sollte eine Enquete-Kommission sein. Doch die Idee fand keine Unterstützung.

■ „Wir werden einander viel verzeihen müssen.“ Mit diesem Zitat des früheren Bundesgesundheitsministers **Jens Spahn** (CDU) begann die FDP-Abgeordnete Barbara Becker-Hornickel ihre Ausführungen zum Antrag ihrer Partei „Corona-Pandemie – Aufarbeitung und Aussöhnung ermöglichen“. Nachdem die Pandemie vorbei ist, sei die Zeit gekommen, den gesellschaftlichen Prozess der Aussöhnung einzuleiten. Es sei die Verantwortung der Politik, diesen Prozess anzustoßen. Die tiefgreifenden Veränderungen seien noch immer zu spüren. „Es sind tiefe Narben zurückgeblieben.“ Alte Menschen seien einsam und ohne den Beistand ihrer Lieben gestorben. „Kinder wagen heute noch nicht, ihre Großeltern zu umarmen.“ Becker-Hornickel forderte die Landesregierung auf, eine unabhängige Enquete-Kommission einzurichten, die sich sachlich und faktenbasiert mit dem Pandemie-Management und dessen Folgen für die Menschen in MV auseinandersetzt. „Es wird Zeit, dass sich Parlamentarier nicht hinter Wissenschaftlern verstecken, sondern die Aufarbeitung in einem öffentlichen Rahmen vorantreiben.“ Gleichzeitig wolle die FDP die Einrichtung eines Expertengremiums, das analog zum Corona-Expertenrat auf Bundesebene die von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung wissenschaftlich evaluiert und Handlungsempfehlungen für künftige Pandemien erarbeitet.

■ Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) erinnerte an den Beginn der Corona-Pandemie im Dezember 2019 und das Auftreten der ersten Fälle. Das einzige Wissen habe darin bestanden, wie unheimlich gefährlich das Corona-Virus ist. „Diese Situation wünsche ich uns nie wieder.“ Dank der Anstrengungen der gesamten Gesellschaft hätten Bilder wie aus Italien vermieden werden können. „Es gab aber auch ziemlich schnell diejenigen, die am Seitenrand standen und es besser wussten“, erinnerte Drese. Dies seien diejenigen gewesen, die keine Verantwortung trugen und auch sonst nicht für Rücksicht, Solidarität und Respekt bekannt sind. Die kritische Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen sei wichtig, sagte Drese. Denn die Maßnahmen seien gesellschaftlich nicht ohne Folgen geblieben, die Reduzierung der Kontakte habe alle belastet. „Vor allem Kinder und Jugendliche mussten Teile ihres jungen Lebens anders durchlaufen.“ Heute seien mehr junge Menschen von psychischen Erkrankungen betroffen. Es sei ihr als Gesundheitsministerin ein Anliegen, das schwere Kapitel Corona-Pandemie nicht leichtfertig zu schließen, sondern gemeinsam zu reflektieren und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. „Nicht jede Maßnahme würden wir heute erneut so treffen.“ Die Einrichtung einer Enquete-Kommission sei jedoch nicht notwendig. „Wir sind schon bedeutend weiter.“

■ Der AfD-Abgeordnete **Thomas de Jesus Fernandez** kritisierte die Ausführungen der Ministerin. „Frau Drese sagt, sie haben alles richtig gemacht. Es gab keine Entschuldigung.“ Im Gegenteil sie habe Kritiker und Impfgegner diskreditiert und an den Rand gestellt. Die Einberufung einer wie von der FDP geforderten Enquete-Kommission sei nicht zielführend. Eine solche Kommission sei eine Farce, weil dort mit Regierungsmehrheit die eigenen Experten eingeladen werden, die sich selbst bestätigen sollen. „Sie sind so hart in ihrer Blase, dass sie gar nicht merken, was draußen los ist“, sagte de Jesus Fernandez. Sinnvoller sei ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss, dieser würde die Minderheitsrechte der FDP unterstützen. „Sie hätten dann das Recht, ihre Fragen zu stellen, wie Sie Ihre Fragen stellen wollen.“ Auch könnten die Experten eingesetzt werden, die von der FDP

als unabhängig erachtet werden. Zudem müsste die Landesregierung ihre Daten offenlegen, aufgrund derer sie ihre Entscheidungen getroffen hat. De Jesus Fernandez kündigte an, dass seine Fraktion selbst einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantragen werde. „Wir brauchen 20 Stimmen.“

■ „Weder die Demokratie noch der Rechtsstaat haben in der Corona-Zeit gewankt. Das ist die entscheidende Botschaft“, betonte **Katy Hoffmeister** (CDU). Es seien bereits einige der Corona-Maßnahmen geprüft worden und in der Mehrheit der Fälle hätte das Oberverwaltungsgericht in Greifswald die Regelungen bestätigt. Sie sehe den Auftrag an eine Enquete-Kommission nicht in der Art, eine Abrechnung mit den damaligen Maßnahmen zu vollziehen – „in einer verdammt schweren Zeit für uns alle“. Hoffmeister betonte, dass mit der Enquete-Kommission niemand an den Pranger gestellt werden solle. Es gehe nicht um die Frage herauszufinden, wer schuldig und wer noch schuldiger ist. „Das führt zu einer weiteren Spaltung.“ Es sei ihr wie der FDP wichtig, die Versöhnung in den Mittelpunkt zu stellen. So könnte noch einmal klarer herausgestellt werden, unter welchen Bedingungen die damaligen Entscheidungen getroffen wurden. Es gehe auch darum, Wege zu finden, die Kommunikation zu stärken.

■ „Es gab keine Erfahrungswerte und keine Blaupause für den Umgang mit der Pandemie“, sagte **Torsten Koplin** (DIE LINKE). Er erinnerte an die aufopferungsvolle Solidarität in dieser Zeit. Insgesamt sei die Idee der FDP zur Einberufung einer Enquete-Kommission nicht zielführend. So könne eine Landesregierung nicht beauftragt werden, sie einzuberufen. „Das müsste der Landtag schon selbst machen.“ Zudem sei der Prozess noch lange nicht abgeschlossen. „Es wird so getan, als ob die Akten zugemacht werden“, sagte Koplin nach Zwischenrufen aus den Reihen der FDP. Zudem sei es schwierig, im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie von Aussöhnung zu sprechen. „Wer soll sich mit wem aussöhnen?“ Koplin verwies abschließend darauf, dass es bereits im April im Bundestag die Initiative zur Einrichtung einer Untersuchungskommission gegeben

habe. „Und die FDP war es selbst, die das abgelehnt und gesagt hat, das ist rückwärtsgewandt.“

■ Corona habe für die meisten Menschen im Land den Schrecken verloren, sagte der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Dr. Harald Terpe**. „Das lässt sich daran ablesen, dass die Schutzmaßnahmen, die man in Eigenverantwortung wahrnehmen kann, offenbar nur wenig wahrgenommen werden.“ Alle Menschen hätten aus der Zeit der Pandemie Erfahrungen gewonnen, die auch noch das heutige Empfinden prägen. Terpe betonte, dass während der Pandemie die rechtsstaatlichen und demokratischen Strukturen im Wesentlichen funktioniert haben. So habe der Bundesgesetzgeber keine allgemeine Impfpflicht beschlossen. Die Pandemie habe gelehrt, dass Infektionsketten durch Kontaktsperren unterbrochen werden können. „Ob das sinnvoll im Nachhinein ist, das ist eine andere Frage.“ Dies sei auch dadurch überdeckt worden, dass erkannt werden musste, dass

Impfungen nur in einem bestimmten Prozentsatz beim Unterbrechen von Infektionsketten helfen können. Es sei jedoch von Anfang an klar gewesen, dass die Bedeutung der natürlichen Immunabwehr zu wenig beachtet worden sei. Terpe lehnte den Antrag auf Einrichtung einer Enquete-Kommission ab. „Eine Enquete-Kommission macht erst Sinn, wenn auch wissenschaftliche Datenlagen da sind.“

■ „Deutschland und MV sind im weltweiten Vergleich gut durch die Coronapandemie gekommen“, sagte **Christine Klingohr** (SPD). Der vorsichtige und verantwortungsvolle Kurs im Umgang mit der Pandemie in Deutschland habe sich bewährt. Andere Länder wie beispielsweise Großbritannien oder die USA hätten 65 Prozent mehr Todesfälle zu verzeichnen als Deutschland – pro eine Million Einwohner 1300 Menschenleben. „Diese Zahlen sollten wir stets vor Augen haben, wenn wir über die Verhältnismäßigkeit der Schutzmaßnahmen diskutieren“, betonte Klingohr. Niemand sage

rückblickend, dass alle Organisationen, Kommunikation oder Entscheidungsfindung auf Antrieb fehlerlos funktioniert hätten. „Mit dem heutigen Wissen würden Entscheidungen an manchen Stellen wohl anders getroffen“, sagte die SPD-Politikerin. Die Pandemie habe gezeigt, wie stark das demokratische System ist. „Die Kontrolle der Regierung durch das Parlament und durch die Gerichte hat durchgehend funktioniert.“ Niemand könne behaupten, es habe nicht Platz für die unterschiedlichsten Meinungen und Perspektiven gegeben.

Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung von 66 Abgeordneten bei 13 Ja- und 42 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen abgelehnt.

*Antrag der Fraktion der FDP - Drucksache 8/2729(neu)*

## Volksinitiative beraten

Forderung nach Verbesserungen der Kita-Betreuung

■ In MV hat sich eine Volksinitiative „Betreuungsschlüssel für Kindertageseinrichtungen in MV senken“ gebildet. Sie fordert, dass die sogenannte Fachkraft-Kind-Relation in Krippe, Kita und Hort deutlich abgesenkt wird. Dieser Forderung stehen jedoch die Kosten und auch das Fehlen des dafür notwendigen Fachpersonals gegenüber. Durch eine Volksinitiative kann erreicht werden, dass sich der Landtag mit einem bestimmten Thema befassen muss. Eine Volksinitiative muss von mindestens 15.000 Wahlberechtigten unterzeichnet sein.

■ Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) hat die Bestrebungen der Volksinitiative zur Absenkung des Betreuungsschlüssels in Kitas begrüßt. „Die



Am 20. September 2023 nahm Landtagspräsidentin Birgit Hesse (2.v.r.) die Unterschriften der Volksinitiative „Betreuungsschlüssel für Kindertageseinrichtungen in M-V senken“ entgegen.

Volksinitiative setzt sich vollkommen zu recht für eine Qualitätsverbesserung in allen Bereichen der Kindertagesförderung ein.“ Kleinere Kita-Gruppen wirkten sich positiv auf die Kinder aus, es stünde mehr Zeit für Bildung und Betreuung zur Verfügung, betonte Oldenburg. Allerdings seien die Forderungen derart ambitioniert, dass keine Landesregierung

sie umsetzen könnte. So solle die Fachkraft-Kind-Relation in Kitas auf 1:4 abgesenkt werden. „Das bedeutet einen zusätzlichen Bedarf von 1878 Erzieherinnen und Erziehern“, sagte die Ministerin. Die Senkung auf 1:10 in der Kita bedeutete 2347, im Hort auf 1:17 nochmals 777 zusätzliche Fachkräfte. „Es gibt die Menschen nicht, die diesen Bedarf decken

können. Wir haben ja nicht nur einen Fachkräftemangel, wir haben einen Mangel an Menschen.“ So habe sich in MV die Zahl der Berufsschüler in den letzten 30 Jahren um etwa 70 Prozent reduziert. Verbesserungen in der Fachkraft-Kind-Relation seien geboten, aber es könne alles nur Schritt für Schritt vorangehen.

■ Auch der AfD-Abgeordnete **Enrico Schult** hob die finanziellen Folgen einer Umsetzung der Volksinitiative-Forderungen hervor. Alleine die Absenkung des Kita-Betreuungsschlüssels von 1:15 auf 1:14 koste das Land 11,8 Millionen Euro. Allerdings gebe es auch selbstverursachte Defizite. So seien im sogenannten „Gute-Kita-Gesetz“ des Jahres 2019 rund 106 Millionen Euro Bundesmittel freigegeben worden. Viele Bundesländer hätten daraufhin in die Betreuungsqualität und die Kita-Leitungen investiert. „MV hat das Geld einzig und allein für die Gebührenfreiheit ausgegeben“, sagte Schult. „Das fällt uns jetzt auf die Füße.“ Man habe in der Vergangenheit zu wenig auf Qualität gesetzt, nun stünde man vor einer großen Herausforderung. Es sei fraglich, ob angesichts der hohen Summen die Forderungen der Initiatoren umgesetzt werden können.

■ Es sei etwas Besonderes, dass die Vertreter der Volksinitiative das Thema Qualität in Kindertagesstätten in die öffentliche Diskussion einbringen, sagte **Torsten Renz** (CDU). Er zeigte sich verwundert über Bildungsministerin Oldenburg, die keine Vision über Möglichkeiten der Qualitätsverbesserung in Kitas präsentiert habe. Es sei klar, dass die Verbesserung der Kita-Qualität und die damit einhergehende Absenkung des Betreuungsschlüssels von 1:15 auf 1:14 bis Januar 2026 nur in kleinen Trippelschritten erfolgen könne.

Renz stellte fest, dass die in der SPD/CDU-Regierung beschlossene Beitragsfreiheit nicht zur Qualitätsverbesserung beigetragen habe. Die Politik könne es sich nun aber nicht leisten, die Forderungen der Volksinitiative mit dem Hinweis auf die hohen Kosten einfach abzulehnen. „Wir müssen die öffentliche Diskussion zum Thema Qualität nutzen und ein Signal setzen“, betonte der CDU-Politiker. Qualität müsse Vorfahrt haben und für den Hortbereich müsse ein klarer Stu-

fenplan aufgestellt werden. Bis 2030 solle dort ein Betreuungsschlüssel von 1:18 eingeführt sein. Wichtig wäre auch ein Schlüssel 1:5 im Krippenbereich bis 2030.

■ Die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher müssten verbessert werden und jedem Kind müsse die Teilhabe an der Kindertagesförderung ermöglicht werden, betonte **Mandy Pfeifer** (SPD). Die SPD-Fraktion wolle die Initiative sehr sachlich behandeln. Sie wolle sich in dieser Debatte jedoch nicht zu einem politischen Scharmützel hinreißen lassen. „Das ist nicht angezeigt“, erklärte Pfeifer und verzichtete auf weitere Ausführungen.

■ „Überlastung, Burnout und ein hoher Krankenstand sind die Folgen der Arbeitsbedingungen, unter denen viele Erzieherinnen leiden“, sagte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Es reiche nicht nur fair zu bezahlen, auch wenn eine leistungsgerechte Vergütung eine wichtige Voraussetzung ist. „Es braucht auch attraktive Bedingungen, um den Beruf ausüben zu können.“ Mit zahlreichen Unterschriften mache die Volksinitiative deutlich, dass dieser Missstand auch längst in der Bevölkerung als drängendes Problem wahrgenommen wird. Allerdings sei es bei den derzeitigen Fachkraft-Kind-Relationen nahezu unmöglich, allen Ansprüchen zwischen der Betreuung und Bildung der Kinder und den Ansprüchen der Eltern gerecht zu werden. Dies sei die Quadratur des Kreises, sagte Wegner. „Wie soll bei unserem Betreuungsschlüssel eine gelungene Eingewöhnung nach Berliner oder Münchner Modell in der Krippe stattfinden?“ Wie sollten Kita-Kinder bei unterschiedlichen Bildungshintergrund ihrer Eltern die gleichen Startchancen bekommen. Das alles gehe nur unter hohem persönlichem Einsatz der Erzieherinnen. Wegner setzte sich für eine gemeinsame Lösung im zuständigen Ausschuss ein.

■ Die Landesregierung sei sich der Problematik des Betreuungsschlüssels bewusst, versicherte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler**. „Das Bildungsministerium arbeitet mit Hochdruck an weiteren Qualitätsverbesserungen. Das aber geht nur Schritt für

Schritt.“ Der Schwerpunkt liege dabei auf der Sicherung und Gewinnung von Fachkräften. MV liege in puncto Qualifikation bundesweit an der Spitze und habe im Vergleich einen der höchsten Anteile von Erzieherinnen und Erziehern mit einem einschlägigen Fachschulabschluss. „Eine qualifizierte und zugleich liebevolle, abwechslungsreiche sowie altersgerechte Betreuung kann einen enormen Unterschied für das kindliche Erleben in der Kita machen – unabhängig vom Betreuungsschlüssel“, betonte Rösler. Die Verbesserung des Fachkraft-Kind-Relation in der Kita auf 1:14 sei Kernstück der KiFöG-Novelle. Dafür würden jährlich knapp zwölf Millionen Euro eingesetzt. „Das ist bereits ein riesiger Kraftakt.“

■ **Sabine Enseleit** (FDP) betonte dagegen, dass MV im Vergleich der Betreuungsschlüssel bundesweit Schlusslicht sei. „Immer und immer wieder müssen wir uns als Opposition anhören, dass wir a) keine Ahnung haben, b) die falschen Studien zitieren oder Äpfel mit Birnen vergleichen oder c) das Ministerium nicht zuständig ist.“ Die Anerkennung des Malus wäre aber schon der erste Schritt zu einer Lösung, sagte sie. „Doch die Ministerin des Schönredens erzählt uns immer wieder, dass alles nicht so schlimm ist.“ Enseleit zitierte aus einer Studie der Bertelsmann-Stiftung, dass wegen der sehr ungünstigen Personalausstattung der Bildungsauftrag in den Kitas oftmals nicht erfüllt werden könne. Zudem könne es deshalb zu einer Gefährdung des Wohles der Kinder und der Fachkräfte kommen. Die FDP-Politikerin zeigte sich deshalb dankbar für die Initiative der Eltern, mit der bestätigt werde, wie die tatsächliche Situation der Kitas in MV aussieht und welche Folgen das haben kann. Die Volksinitiative zeige, dass die Menschen keine Massenbetreuung für ihre Kinder haben wollen.

Zum Abschluss der Aussprache stimmten alle Fraktionen für die Überweisung in den Bildungsausschuss.

*Antrag der Volksinitiative gemäß Artikel 59 der Landesverfassung - Drucksache 8/2776*

## Schließung von Förderschulen

CDU-Antrag findet kaum Unterstützung

■ Die Inklusion von beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen in die allgemeinbildenden Schulen ist seit Jahren umstritten. Doch es gibt seit mehr als vier Jahren die gesetzliche Regelung, dass sie bis zum Schuljahr 2027/2028 vollzogen sein wird. Die CDU wollte dies noch einmal hinauszögern.

■ Die Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen sollen nach dem Willen der CDU-Fraktion erst im Jahr 2030 geschlossen werden. „Für uns als CDU galt immer die Formulierung: Inklusion mit Augenmaß“, sagte der CDU-Abgeordnete **Torsten Renz**. Die sächlichen, finanziellen sowie personellen Voraussetzungen für die Schließung seien nicht gegeben. Im Sinne der Menschen mit Beeinträchtigung, aber auch derer ohne Beeinträchtigung sollte der Prozess noch einmal diskutiert werden. Hintergrund der Gesetzesinitiative seien die zusätzliche Beschulung von ukrainischen Flüchtlingen und der gravierende Lehrermangel, was die Rahmenbedingungen verändert habe. Ursprünglich war die Schließung der Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen bis zum Jahr 2023 vorgesehen. Im November 2019 war dann beschlossen worden, die Einführung eines inklusiven Schulsystems bis zum Schuljahr 2027/2028 vorzusehen. Renz verwies auf einen parteiübergreifenden Beschluss des Kreistages Vorpommern-Greifswald, der zeitliche Veränderungen gefordert habe. „Für die CDU-Fraktion ist das nichts anderes als ein berechtigter Hilferuf.“ Im Bildungsausschuss solle der CDU-Vorschlag mit Fachleuten besprochen werden. „Es geht um eine mögliche Überforderung, die zum Nachteil der beeinträchtigten Menschen ist.“

■ „Die Inklusion begann in MV im Jahr 2010 für alle Grundschulen, wortwörtlich über Nacht“, sagte Bildungsministerin



Foto: nordreport

In der Gehörlosenschule Güstrow erfahren gehörlose Kinder einen besonderen Unterricht in Laut-, Schrift- und auch Gebärdensprache.

■ **Simone Oldenburg** (DIE LINKE). Im Frühjahr 2010 hätte die Schulen ein Erlass erreicht, dass mit dem neuen Schuljahr 2010/2011 keine Klassen mehr für Kinder mit dem Förderschwerpunkt Lernen gebildet werden. Diese Hast bei der Umsetzung sei seit der Inklusionsstrategie 2013 vom Tisch. Die Ministerin betonte, dass alle Maßnahmen zur Umsetzung der Inklusionsstrategie regelmäßig evaluiert, Modellverfahren entwickelt und durchgeführt würden. Als positives Beispiel benannte sie die 2013 beschlossene Schließung der Schulen mit Förderschwerpunkt Sprache. Danach sollten die Sprachheilschulen zum Ende des Schuljahres 2019/2020 geschlossen werden. „Im vierten Jahr nach der Schließung haben sich Lerngruppen Sprache an 18 Grundschulen fest etabliert.“ Oldenburg betonte, dass die Schulen mit Förderschwerpunkt Lernen nicht geschlossen, sondern organisatorisch aufgehoben werden. „Da kann man nun wirklich nicht von Eile und Schnelligkeit reden.“

■ **Enrico Schult** (AfD) verwies darauf, dass seine Partei bereits im September den Antrag eingereicht habe, nach dem die Förderschulen Lernen nicht vorzeitig geschlossen werden sollten. Seiner Meinung nach halten die Eltern oder Schulleiter nichts davon, die Förderschulen zu schließen. Die Inklusionsstrategie werde von vielen Schulen mit großer Sorge be-

trachtet. Von der Schließung seien 37 Schulen mit rund 4000 Schülern betroffen. Auch die Förderschüler selbst wollten nicht an die Regionalschulen geschickt werden. „Aus gutem Grund: Wir haben an den Regionalschulen ohnehin schon viel Unterrichtsausfall“, sagte Schult. Es gebe dort nicht genügend Lehrer und sehr viele Flüchtlingskinder. Und nun sollen die Förderschulen Lernen, die sich bewährt haben und funktionieren, geschlossen werden. „Damit werden sie eine Bauchlandung hinlegen“, sagte Schult in Richtung der Landesregierung. Für Schult liegen die Vorteile von Förderschulen auf der Hand. Es gebe kleine Klassen mit ausgebildeten Sonderpädagogen. Die Schüler würden in Regionalschulen gewiss nicht adäquat ausgebildet. Die AfD wolle, dass die Förderschulen dauerhaft erhalten bleiben.

■ „Die Bedenken von Eltern kann man nicht einfach auf die Seite schieben“, sagte **Torsten Koplín** (DIE LINKE). Sie befürchteten, dass Regionalschulen nicht ausreichend auf die Förderschüler vorbereitet sind und die Kinder ihr soziales Umfeld verlieren und nicht ausreichend in die neuen Klassen integriert werden können. Zudem könnten geeignete Lehrer und Räumlichkeiten fehlen. Diese Bedenken würden ernst genommen, betonte Koplín. Es sei jedoch eine unzulässige Verallgemeinerung, wenn die CDU



meine, die Lehrer sehen in der Auflösung der Förderschule eine Überforderung, unter der alle Beteiligten leiden. Es sei keine Frage, dass die Umsetzung der Inklusion erhebliche Ressourcen erfordere. „Deshalb ist der schrittweise Ansatz genau der richtige“, sagte Koplín. Das Bildungsministerium sei in engem Kontakt mit den Schulträgern. „Es wird gemeinsam nach konkreten Lösungen gesucht.“ Der LINKEN-Politiker warnte davor, die Inklusion auf dem Rücken der Kinder zum Wahlkampfthema zu machen. Bei einer weiteren Verschiebung müssten die Planungen zur Schulentwicklung in den Landkreisen erneut von vorne beginnen.

■ „Inklusion darf kein Zwang sein“, betonte **Sabine Enseleit** (FDP). Ihre Partei stehe für ein Schulsystem, in dem jedes Kind bestmöglich gefördert wird. Die Eltern sollten die Wahl haben, die beste Entscheidung für ihr Kind zu treffen. „Dazu können wir nicht alle Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen schließen“, betonte Enseleit und kündigte an, dem Antrag der CDU auf eine dreijährige Verschiebung zuzustimmen. Ihrer Meinung nach haben es die Landesregierung und das Bildungsministerium nicht geschafft, tragfähige Lösungen für die Herausforderung der Inklusion zu finden. Bei einer Schließung der Förderschulen würden sich die speziell ausgebildeten Lehrer auf andere Schulen verteilen. „Ein funktionierendes Fördersystem wird aufgegeben“, kritisierte Enseleit. Es sei zwei-

felhaft, dass der Kompetenztransfer von den Förder- auf die allgemeinen Schulen gelingen werde. Solange es in der Breite keine multiprofessionellen Teams gebe und der Lehrkräftemangel anhalte, werde es schwer, Inklusion an den Schulen zu leben.

■ „Inklusion ist mehr als gesehen werden und Wertschätzung. Inklusion bedeutet, dazu zu gehören, mittendrin zu sein“, sagte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Inklusion biete die einmalige Chance, die Kinder leistungsstärker und die Schulen chancengleicher aufzustellen. Die Inklusion nehme das Kind in seiner Gesamtheit in den Blick, anstatt früh nach Leistung aufzuteilen. Damit dies gelingt, müssten die Rahmenbedingungen an den Besonderheiten der Schüler ausgerichtet werden. Doch da träten personelle und räumliche Probleme an den Schulen auf. Doch die CDU-Fraktion spiele mit ihrem Antrag der Verschiebung der Inklusion auf Zeit. Wegner betonte, dass auch sie Zweifel an der Fähigkeit der Landesregierung hege, die Inklusion umzusetzen. Doch sie wolle die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. „Meine größte Sorge ist, dass aus aufgeschoben eines Tages aufgehoben wird“, sagte Wegner. „Die Inklusion darf aber nicht scheitern.“ Denn Inklusion verhindere beispielsweise Mobbing und fördere die gegenseitige Toleranz.

■ **Andreas Butzki** (SPD) kritisierte das Vorgehen der CDU. Alle im Plenum wüssten: „Wir werden eine große Schulgesetznovelle im ersten Halbjahr 2024 haben.“ Dann hätten alle die Möglichkeit, Änderungsvorschläge einzubringen – auch zum Thema Inklusion. „Ob die Inklusion gestoppt werden soll, ob sie zeitlich verschoben werden soll, oder ob die Inklusionsschritte viel zu klein sind und vielleicht erweitert werden sollen.“ Es gebe dafür einen verbindlich abgesprochenen Fahrplan zur Umsetzung der Inklusion. Die CDU sei an allen Schritten maßgeblich beteiligt gewesen. Die Verantwortlichen vor Ort bräuchten Rechtssicherheit und damit Verbindlichkeit. Es stelle sich die Frage, was eine Verschiebung um drei Jahre von 2027/28 auf 2030/31 bringe. „Alle Verantwortlichen konnten sich zwölf Jahre lang vorbereiten“, erklärte Butzki. Was solle 2030 anders sein als 2027? „Wir sollten nicht immer über das „ob“ und „wann“ diskutieren, sondern über das „wie“. Und gegebenenfalls müssen wir nachschärfen.“

Eine Überweisung in den Ausschuss wurde bei Ablehnung durch SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Zustimmung von CDU, FDP und AfD abgelehnt.

*Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 8/2813*

## Altentreptow fordert Mitspracherecht

Gemeinde wehrt sich gegen geplante Verdopplung der Windräder

■ Als Reaktion auf den gemeinsamen Brief des Stadtpräsidenten von Altentreptow und der dortigen Fraktion der Wählergemeinschaft an die Landtagspräsidentin Birgit Hesse (SPD) beantragte die AfD eine Aussprache zum Thema „Windkraft mit Augenmaß – Für ein lebenswertes Mecklenburg-Vorpommern“. Das Schreiben aus dem vorpommerschen Altentreptow kritisiert scharf den geplanten Bau von 100 Windrädern im Außenbereich der

Kleinstadt, wo bereits 120 Anlagen stünden. Weder Bürger noch Stadtvertreter wären jemals in die Entscheidungen einbezogen worden, müssten aber mit der sinkenden Attraktivität ihres Ortes zurechtkommen. Der Brief adressierte „skrupelloses“ Ausnutzen der Energiewende durch die „Windlobby“, die Benachteiligung der Gemeinden bei den finanziellen Erträgen der Windkraft und das „Aushebeln“ von „Mitspracherecht und demokratischer

Beteiligung“. Altentreptow wolle nicht als „Windkraft-Ghetto“ des Landes „missbraucht“ werden.

■ Nicht nur die „Umzingelung“ der Stadt Altentreptow von den bestehenden 120 Windkraftanlagen bereite den Stadtoberen Sorgen, trug **Petra Federau** (AfD) vor, „sondern insbesondere die Art und Weise, wie mit ihnen umgegangen wird“. Der Brief beschreibe, dass Anwalts-



Windkraftanlagen im Umfeld der Kleinstadt Altentreptow.

kanzleien „im Auftrag der Windlobby“ agierten, damit den Gemeinden so wenig wie möglich von den Vorteilen der Windkraft bliebe. Die Planungsverbände beauftragten externe Rechtsanwälte mit der Erarbeitung von Stellungnahmen und Dokumenten für den Abwägungsprozess mit den Bürgern und Kommunen. „Zugleich übernehmen eben diese Kanzleien die rechtliche Antragsstellung für die Windenergiebranche, was eigentlich einen eklatanten Interessenkonflikt darstellt“, prangerte die Abgeordnete an. Hier ginge es nicht um „eine umweltschonende Energieversorgung“, sondern darum, „auf Kosten der deutschen Bürger, der deutschen Wirtschaft und auf Kosten der Natur [zu] verdienen“.

Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) betonte, dass die Ausweisung von 2,1 Prozent der Landesfläche als Windeignungsgebiete per Bundesgesetzgebung gefordert werde und zu erfüllen sei. Das bedeute aber auch: 97,9 Prozent seien nicht betroffen. Er kenne die Situation in Altentreptow und wolle „in aller Klarheit“ sagen: „Genehmigt ist davon noch nichts.“ Das Land werde mit dem Landesplanungsgesetz Anfang des kommenden Jahres die rechtlichen Bedingungen „untermauern“. Man müsse hier mit Augenmaß vorgehen, und das habe das Land den Regionalen Planungsverbänden auch so „an die Hand gegeben“. Er und der Wirtschaftsminister hätten immer wieder darauf gepocht, die Akzeptanz der erneuerbaren Energie durch die Beteiligung der Kommunen zu

erhöhen. „Die Menschen müssen merken, dass sie von den erneuerbaren Energien auch selbst etwas haben“, am besten durch geringere Energiepreise und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Ja, die Regionalen Planungsverbände müssen das Flächenziel von 2,1 Prozent umsetzen, bestätigte **Daniel Peters** (CDU). Seine Fraktion halte das für falsch. Es nütze nur den Investoren. Der Abgeordnete regte an, das Flächenziel noch einmal zu „hinterfragen“ und stattdessen die installierte Leistung als Kennzahl zu definieren. Mittlerweile gebe es im Land 50 Bürgerinitiativen, die sich „massiv“ gegen den weiteren Zubau wehrten. Bei weiteren 100 Anlagen rund um Altentreptow könne von einem „Umzinglyungsverbot“ kaum die Rede sein. Dieses Verbot müsse „stringent“ in der regionalen Planung „verankert“ sein. Klug wäre auch, bestehende Anlagen durch stärkere zu ersetzen. Das könne Genehmigungsverfahren verkürzen und dem „Flächenfraß“ entgegenwirken. Schwierig bliebe, dass die Bestrebungen der Bundes- und Landespolitik der Akzeptanz von erneuerbarer Energie abträglich seien, und deswegen müsse die letzte Entscheidung bei der Kommune liegen.

Er könne in der Aussprache nicht viel Neues erkennen, hielt **Daniel Seiffert** (DIE LINKE) fest. Allein der Anlass, der „Brandbrief“, sei neu. Das Thema Altentreptow sei schon sehr lange bekannt, weil es das typische Bei-

spiel für „Umzinglyung“ sei. „Zurecht – weil, da ist einiges schiefgelaufen“, gestand der Abgeordnete ein.

Die Planungsverbände nutzten für die Ausweisung der Windeignungsgebiete automatische Verfahren. Und gemäß den Kriterien seien 80 Prozent der Landesflächen ungeeignet. Am Ende blieben „zwischen drei, vier, fünf Prozent“ übrig, woraus die Verbände dann die 2,1 Prozent auswählten. Altentreptow ist aufgrund der günstigen Gegebenheiten immer dabei. Nun müsse es eine Abwägung geben, ob wirklich weitere Flächen ausgewiesen würden.

Den Fall als Aufhänger zu nehmen, „um die Energiewende insgesamt in Frage zu stellen“, bringe niemanden weiter, richtete der Abgeordnete an die AfD.

Bei einem Thema, wie dem Ausbau der Windkraft, helfe es, „manchmal zwei Schritte zurückzugehen“, empfahl **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Im Gegensatz zu anderen Parteien betrachte seine Partei nicht nur die Bedürfnisse der Menschen in Deutschland oder in MV, „sondern die aller Menschen“. Sie alle hätten die Grundbedürfnisse wie Atmung, Wasser, Nahrung, Schlaf und Temperatur. Windkraft helfe diese existentiellen Bedürfnisse zu gewährleisten, da sie nicht die Nachteile fossiler Energieträger bezüglich Umweltverschmutzung und Einfluss auf das Klima habe.

Für die Klimaneutralität sei der Ausbau der Windkraft unerlässlich und tatsächlich eine Herausforderung für Mensch und Natur. „Verschiedene, teils widersprüchliche Ziele und Bedürfnisse müssen miteinander in Einklang gebracht werden“, wobei die vier Regionalen Planungsverbände dafür schon heute „eine herausragende Arbeit“ leisteten, schätzte der Abgeordnete ein.

Auch seine Fraktion stimme der Notwendigkeit der Energiewende zu, unterstrich **David Wulff** (FDP). Problemen, wie dem Strompreis, „müssen wir uns widmen“, verlangte der Abgeordnete. Regularien und Gesetze verursachten hohe Zusatzkosten. Darum sei es notwendig, dass die „absolut wettbewerbsfähigen“ Erzeugerpreise für Solar- und Windstrom bei den Verbrauchern „am Ende auch ankommen“, schlussfolgerte David Wulff. Der Brief aus Altentreptow lasse erken-

nen, dass man dort nicht grundsätzlich gegen Windkraft sei. Es ginge um zu viele Anlagen, es ginge um die finanzielle Beteiligung der Gemeinde und die ungleiche Verteilung der Lasten. Der Abgeordnete hielt den CDU-Vorschlag, Ausbau nach Leistung, statt nach Fläche zu bewerten als „durchaus zielführend“. Zusätzlich zum Netzausbau brauche es einer „Reform der Netzentgelte“, „lokaler Strompreise“ und „einer echten finanziellen Beteiligung der Gemeinden vor Ort“.

■ **Falko Beitz** (SPD) stellte für seine Fraktion klar, dass „Augenmaß“ bei der Windkraftentwicklung schon längst „Teil der Strategie“ sei und bekräftigte: „Unser Engagement für die Erneuerbaren ist unumstößlich.“ Eine „nachhaltige Energiewende“ gebe es nur mit der Akzeptanz der Bürger im Land.

Die Probleme in Altentreptow seien seiner Fraktion nicht erst seit dem Brief bekannt, habe man doch mit Thomas Krüger einen Kontakt vor Ort, der mit den Menschen spreche.

Der zuständige Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte beschloss bislang den Vorentwurf, ein Arbeitspapier also. Dieser weise 2,8 Prozent geeignete Flächen aus – mehr als benötigt. Das heiße, „da ist eine Reserve“, betonte Falko Beitz. Andererseits sei die Einhaltung der Flächenziele von „entscheidender Bedeutung“, um Sanktionen und den „Wildwuchs“ von Windrädern zu verhindern.

■ Seiner Fraktion ginge es mit dieser Aussprache um den Brief und nicht um die Energiepolitik als Ganzes, erklärte **Enrico Schult** (AfD). Als Mitglied im Regionalen Planungsverband Mecklenburgi-

sche Seenplatte habe er versucht, zunächst auf 1,4 Prozent der Fläche zu orientieren, was der Gesetzgeber als Zwischenziel bis 2027 zugestehe. Das hätte „viel Druck vom Kessel“ genommen. Leider sei die knappe Entscheidung für die 2,8 Prozent mit den Stimmen der CDU gefallen. Das Problem sei, dass Altentreptow als Grundzentrum keine Vertretung im Planungsverband habe, wo nur Mittel- und Oberzentren am Tisch säßen. Da der Minister eine Änderung des Landesplanungsgesetzes für Anfang 2024 angekündigt habe, werde seine Fraktion ihren früheren Antrag zur Beteiligung der Bürgermeister der Grundzentren erneut einbringen. Dann können CDU und SPD zeigen, wie wichtig ihnen die Bürgerbeteiligung sei.

*Aussprache auf Antrag der AfD*

## Onlineportal für Naturdaten

Genehmigungsverfahren für Windkraftausbau brauchen Datenbasis

■ Der zeitraubende Zugang und die schlechte Verfügbarkeit von Naturdaten blieben nach Ansicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis heute die „Achillesferse“ beim Ausbau der Windenergie. Die von den Planern dringend benötigten Informationen seien zu oft veraltet, auf verschiedenen Internetportalen verstreut oder nur auf Antrag bei unterschiedlichen Behörden zugänglich. Es fehle an einer für alle zugänglichen, integrierten Datenbank. Im digitalen Zeitalter, so die Fraktion, bestünde hier dringender Handlungsbedarf. Darum regte sie die regelmäßige, systematische Erfassung von Naturschutz- und Umweltdaten an, insbesondere der Vorkommen von Fledermäusen, Brut- und Zugvögeln. Die nutzerfreundliche und digitale Aufbereitung von Naturdaten wurde vom Parlament breit unterstützt – die Fokussierung auf grüne Energieprojekte jedoch nicht. Somit wurde der Antrag abgelehnt.

■ Von der Planung bis zur Genehmigung einer arbeitenden Windanlage brauche es durchschnittlich fünf Jahre. Das sei „einfach zu lang“, begründete **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Drucksache.

Das Land sei verpflichtet, regelmäßig Naturschutz- und Umweltdaten zu erfassen und zugänglich zu machen. Nur auf deren Grundlage können Projektplaner arbeiten und Genehmigungsbehörden „rechtssichere Entscheidungen“ treffen, „ohne die biologische Vielfalt in unserem Land zu gefährden“, verdeutlichte der Abgeordnete. Er konkretisierte: Es ginge um „mehr Investitionen in die Kartierung der planungsrelevanten Tier- und Pflanzenarten, in die Aktualisierung Roter Listen und die Biotopkartierung“. Im Allgemeinen handle es sich ohnehin um öffentliche Daten, die für alle Bürger „einfach und niederschwellig“ zugänglich sein sollten.

■ Das Land verfüge über 250 Millionen Datensätze zu Arten, Flora, Fauna und Habitats, teilte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) mit. Diese zu verarbeiten, sei eine „Herausforderung“, räumte er ein. Die Landesverwaltung arbeite an einem „richtigen Portal“. „Es ist doch ohne Wenn und Aber klar, dass wir hier Defizite haben“, gab Dr. Backhaus zu.

Der gerade beschlossene Haushalt stelle dem LUNG (Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie) Mittel für „die Erfassung der Avifauna (Gesamtheit aller in einer Region vorkommenden Vogelarten) im Zusammenhang mit der Energiewende“ sowie zur Biotopkartierung bereit. Ein Gutachten zur Aktualisierung der Vogelzugkorridore sei bereits vergeben und ein weiteres zur Verbreitung des Rotmilans in Vorbereitung. Ein Rastvogelgutachten scheiterte bislang an fehlenden Fachexperten, bedauerte der Minister und appellierte an die Universitäten und Hochschulen, junge Leute für dieses Thema zu interessieren.

■ „Massive Auflagen im Baurecht“, so **Thore Stein** (AfD), verzögerten mittlerweile jegliches Infrastrukturprojekt. Hinzu kämen umfangreiche Umweltverträglichkeitsprüfungen, wengleich deren Grundgedanke „durchaus richtig“ sei. Offensichtlich stellten auch Windkraftanlagen, Stromnetze und Photovoltaik-Parks einen Eingriff in den Naturhaushalt dar. „Und nun werden Naturschutzgesetze geschliffen, Planungsaufgaben reduziert und ganz neue Möglichkeiten geschaffen, um sogenannte ‚grüne‘ Infrastrukturprojekte in Rekordtempo umzusetzen“. Grundsätzlich sei die Vereinfachung der zentralen Datenerfassung und Doku-

mentation „richtig und auch begrüßenswert“. „Das große Aber“ sei die „zu kurzgegriffene“ Intention, nur den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen, und dies „zum Nachteil unserer Flora und Fauna und somit auch zum Nachteil unserer Heimat und der hier lebenden Menschen“. Das lehne die AfD ab.

■ **Thomas Diener** (CDU) zeigte die Widersprüchlichkeit des Antrages auf. Einerseits befürworte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Ausbau des Arten-, Umwelt- und Naturschutzes und umfassende Umweltverträglichkeitsprüfungen für Investitionsmaßnahmen. Andererseits solle der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt werden. Dies werde mit Bundesgesetzen „flankiert“, die den Arten- und Naturschutz „teilweise komplett aushebeln“. Beim Bau erneuerbarer Energieanlagen „spielen sowohl Vögel, die gemäß Vogelschutzrichtlinie oder Fledermäuse, die gemäß FFH-Richtlinie geschützt sind, keine Rolle mehr“. Inwieweit der Ausbau der erneuerbaren Energien durch die Bereitstellung von Naturdaten mit dem Naturschutz in Einklang gebracht werden könne, „bleibt dabei ohnehin fraglich“. Sonderregeln für erneuerbare Energien trügen nicht zur Verbesserung ihrer Akzeptanz bei. Darum lehne die CDU den Antrag ab.

■ Die Forderung des Antrages sei aus Sicht des Naturschutzes „absolut nachvollziehbar“, stimmte **Daniel Seiffert** (DIE LINKE) zu. Er verwies auf die von Landwirtschaftsminister Backhaus angesprochenen laufenden Maßnahmen. So wurden im Haushalt 500.000 Euro für die Erfassung der Avifauna im Kontext mit der Energiewende berücksichtigt sowie 1,2 Millionen Euro für die Biotopkartierung. Man habe das Thema „im Blick“ und zu den im Antrag dargestellten Problemen seien zahlreiche Initiativen auf dem Weg. „Wir werden diesen Weg weitergehen“. Den Antrag brauche es dazu nicht. Dennoch wollte Daniel Seiffert anregen, beim Thema Infrastruktur nicht nur den Neubau zu betrachten, denn Deutschland habe „eine wirklich umfangreiche Infrastruktur“, die erhalten und erneuert werden müsse. Dies erfordere nach seiner Ansicht mehr Beachtung.



Windrad-Park bei Bülow/Gadebusch

Foto: Uwe Sinnecker

■ Fehlende oder veraltete Daten, die durch gesonderte Gutachten nachgeliefert werden müssen, verzögerten Planungs- und Genehmigungsverfahren beträchtlich, bestätigte **Sandy van Baal** (FDP). Oft erledigten die Bestimmung bestimmter Vogel- und Insektenarten Spezialisten. „Das dauert dann auch noch mal länger“, betonte die Abgeordnete. Allerdings stellten die im Antrag gewählten Formulierungen „geradezu einen Freibrief für massenhafte Erhebung von Naturschutz und Umweltdaten dar“. Brauche es wirklich „die Beschaffung und Vorhaltung von Daten in dieser Tiefe?“, wollte sie wissen. Eine bessere Vernetzung der vorhandenen Daten und Experten bringe schon einen Synergieeffekt. Was die FDP aber auf jeden Fall ablehne, sei die Unterscheidung nach der Art von Infrastrukturprojekten. „Das ist eine klare Ungleichbehandlung“ und mit ihr nicht zu machen, stellte die Abgeordnete klar.

■ Es bliebe ein Fakt, gab **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD) zu bedenken, dass 50 Prozent der Landesfläche unter Naturschutz stünde, mehr als in anderen Bundesländern. Damit gebe es „sowieso nur relativ wenige Gebiete, die für den Ausbau der erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen“. Bei den Beschleunigungsgebieten zum Ausbau erneuerbarer Energie handle es sich um Gebiete

ohne erhebliche Umweltauswirkungen. Deren Ausweisung könne nur mit vorherigem verstärktem Prüfaufwand auf der Planungsebene einhergehen.

Die Abgeordnete wollte keine Abstriche in den „kritischen Bereichen“ akzeptieren. Da müsse „nach wie vor“ genauer hingeschaut werden, welche Arten oder schützenswerte Güter es gebe, beharrte die Abgeordnete. Denn was erst mal verloren gegangen sei, bliebe unwiederbringlich verloren, „das sollte uns immer bewusst sein“.

Abschließend schätzte Dr. Rahm-Präger ein, dass der Antrag die richtige Intention habe, aber nicht gebraucht werde, denn „die Weichen sind gestellt“.

■ Was seien 250 Millionen Datensätze wert, wenn niemand darauf zugreifen könne, fragte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) am Ende der Debatte. Er freue sich über die personelle Verstärkung am LUNG und hoffe, dass es mit dem angekündigten Portal schneller gehe. Denn in Anbetracht der Ausbauziele für Windenergie ist immer noch eine Verdopplung der Zahlen notwendig. Diesem Ziel solle der Antrag zuarbeiten. Er schlug zur Verständigung über die Details die Überweisung in den Ausschuss vor. Auch wenn es seiner Fraktion nicht darum ginge, Naturschutz gegen die erneuerbaren Energien auszuspielen, so solle tatsächlich die Art der zu genehmigenden Infrastruktur unterschieden werden. Angesichts von Fachkräfte- und Ressourcenmangel, argumentierte Hannes Damm, wäre eine Priorisierung auf Zukunftstechnologien, wie erneuerbarer Energie, hilfreich. Darum appellierte er an die Regierungskoalition, die Ausschussberatung zu nutzen, um dann „mit einem gemeinsamen Erfolg hinterher raus[zugehen]“.

Sowohl die Ausschussüberweisung als auch der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 8/2812

## Meldungen



Landtagspräsidentin Birgit Hesse gratulierte den Rechtsanwälten Carl-Henning Clodius (li.) und Alexander Schmidt (re.) zu ihrer Wahl.

### Neues Mitglied und stellvertretendes Mitglied für das Landesverfassungsgericht

■ Mit dem Ableben von Barbara Borchardt im August 2023 wurde ihre Position als Richterin am Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern vakant.

Laut Landesverfassung unterbreitet der Besondere Ausschuss dem Landtag Vorschläge für Neubesetzungen. Dieser empfahl nach mehreren Beratungen, das jetzige stellvertretende Mitglied des Landesverfassungsgerichtes, Rechtsanwalt Alexander Schmidt, für den Rest seiner Amtszeit zum Mitglied des Landesverfassungsgerichtes zu wählen und Alexander Schmidt durch Rechtsanwalt Carl-Henning Clodius als stellvertretendes Mitglied zu ersetzen.

In der 69. Sitzung des Landtages, am 13. Dezember 2023, konnte Alexander Schmidt in geheimer Wahl 50 der 70 abgegebenen und gültigen Stimmen für sich gewinnen. 18 Landtagsabgeordnete stimmten gegen ihn, bei zwei Enthaltungen.

In einem weiteren Wahlgang entfielen 59 der 70 abgegebenen und gültigen Stimmen auf den Kandidaten Carl-Henning Clodius. Acht Landtagsabgeordnete lehnten ihn ab und drei enthielten sich.

Beide Kandidaten erhielten die erforderliche Zweidrittelmehrheit der anwesenden Abgeordneten.

Am nächsten Sitzungstag, in der 70. Sitzung des Landtages, wurden die zwei neu gewählten Verfassungsrichter durch Landtagspräsidentin Birgit Hesse (SPD) vereidigt. Sie beglückwünschte beide und dankte für die Übernahme des Ehrenamtes. Die Fraktionen des Landtages schlossen sich der Gratulation an.

*Wahlvorschlag des besonderen Ausschusses  
Drucksache 8/2829*

### Burkhard Bley vertritt MV im Gremium des Stasi-Unterlagen-Archivs

■ Das Stasi-Unterlagen-Archiv wurde zum 17. Juni 2021 in das Bundesarchiv integriert. Diese Überführung wird durch das neue, am 20. Juni 2022, konstituierte „Beratungsgremium zur Begleitung des Transformationsprozesses des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv und zur Beratung des Bundesarchivs in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes berührenden Belangen“ begleitet. Bis Sommer 2023 war die MV-Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Anne Drescher, die Vertreterin des Landes im Beratungsgremium. Nach 10-jähriger



Fotos: Uwe Sinnecker

Burkhard Bley vertritt Mecklenburg-Vorpommern im Beratungsgremium Stasi-Unterlagen-Archiv. Hier bei seiner Wahl am 13. Juli 2023.

Amtszeit wurde sie am 11. August 2023 von Burkhard Bley abgelöst. Konsequenter Weise schlug die Landesregierung dem Parlament vor, Burkhard Bley auch mit der Vertretung des Landes im Beratungsgremium beim Bundesarchiv zu beauftragen. In der 69. Sitzung des Landtages, am 13. Dezember 2023 wurde durch Beratung im Ältestenrat befürwortet, die eigentlich geheim vorzunehmende Wahl durch offene Wahl per Handzeichen vorzunehmen.

Die erforderliche Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtages stimmte dem Wahlvorschlag zu. Für die Annahme des Wahlergebnisses dankte und beglückwünschte die Landtagspräsidentin Birgit Hesse (SPD) Burkhard Bley.

In der Landtagsitzung am nächsten Tag wurden Anpassungen des Ersten Gesetzes zur Änderung des Aufarbeitungsbeauftragtengesetzes allein mit den Stimmen der Regierungskoalition beschlossen. Hierbei ging es unter anderem um die Festlegung der geschlechterneutralen Bezeichnung „beauftragte Person“ anstatt der bislang verwendeten Formulierung „die oder der Landesbeauftragte“. Ferner fanden die Eingliederung der Stasi-Unterlagen in die Verantwortung des Bundesarchivs und das durch den Bundesgesetzgeber neu geschaffene SED-Opferbeauftragtengesetz Berücksichtigung. Durch die seit 2021 neue Regierungskonstellation in MV wurde die bisherige Zugehörigkeit des Amtes des oder der Landesbeauftragten zum Justizministerium auf das Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten übertragen. Die Opposition lehnte diese Änderungen fast durch-

gänglich ab. Hingegen wurde der Jahresbericht 2022 der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur einstimmig angenommen.

*Antrag Landesregierung  
Drucksache 8/2793*

## 31 Petitionen zum Abschluss gebracht

■ In der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 2023 wurden nach Angaben des Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Thomas Krüger (SPD), bei vier Ausschusssitzungen insgesamt 31 Petitionen zum Abschluss gebracht. Drei dieser Petitionen sei vollumfänglich entsprochen worden. „In immerhin 13 Fällen haben wir eine Kompromisslösung erzielt.“ Bei sechs Petitionen sei der Ausschuss der Meinung, dass die Landesregierung davon Kenntnis erhalten sollte. Eine Petition werde den Fraktionen überwiesen. Dabei sei die Oktober-Sitzung auf Usedom unter großer Beteiligung der Bevölkerung über die Bühne gegangen. Wie Krüger berichtete, ging es dabei um die Petition eines Anwohners um die Errichtung zweier Fußgängerampeln, um Senioren einer großen Wohnanlage die gefährlose Überquerung der viel befahrenen Bundesstraße zu gewährleisten. „Das Petitionsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Hier bleiben wir dran.“ Ortstermine seien zwar eine gute Möglichkeit, mit den Beteiligten vor Ort gemeinsam nach Lösungen zu suchen, sie seien aber sehr zeitaufwändig. Deshalb habe der Petitionsausschuss in diesem Jahr verstärkt einzelne Abgeordnete beauftragt, Petitionen am Ort des Geschehens zu besprechen. In einem Fall sei es um den Pflichtumtausch von Führerscheinen gegangen, bei dem es um die Einhaltung von Fristen ging. Wegen der Corona-Pandemie hätten die Führerscheinstellen nur stark eingeschränkt betreten werden können. Das habe zu Verzögerungen geführt. „Der Petent konnte deshalb seiner Umtauschpflicht nicht nachkommen“, sagte Krüger. Dies sei kein Einzelfall gewesen, der Bürgerbeauftragte habe zahlreiche Beschwerden erhalten. Zudem hätten die Verzögerungen nach dem Ende der Pandemie angehalten. „Der Bürgerbeauftragte sprach in diesem Fall in der Presse von einem Behörden-Long-

Covid.“ Der Zugang sei auch anschließend nur nach vorheriger Terminvergabe möglich gewesen. Es habe lange Vorlaufzeiten für einen Termin sowie technische Probleme bei der Onlinevergabe gegeben. Der Petitionsausschuss habe daher Unterlagen aus allen Landkreisen angefordert und ausgewertet, es habe mehrere Beratungen mit dem betroffenen Landkreis Rostock, dem Innenministerium, dem Städte- und Gemeindetag sowie dem Bürgerbeauftragten gegeben. Die Gespräche hätten gezeigt, dass die Landkreise für diese Problematik sensibilisiert seien, so dass die Führerscheinstelle nun besser erreichbar sei, betonte Krüger. Die Empfehlungen des Petitionsausschusses auf Drucksache 8/2822 wurde einstimmig angenommen.

## Beamtenverfehlungen strenger ahnden

■ Von Beamten sei zu erwarten, dass sie die Demokratie wahren und verteidigten, begründeten DIE LINKE und SPD ihren Antrag zur konsequenteren Verfolgung von verfassungsfeindlichem Fehlverhalten von Staatsbediensteten. Die Regierungsfraktion bezog sich hierbei auf einen Fall in Sachsen-Anhalt, wo Polizeischüler aufgrund rassistischer Chat-Nachrichten entlassen wurden. Doch solche Bestrafungen erfolgten nicht immer und nicht so schnell. Dabei könne die Diskreditierung der staatlichen Organe durch „einzelne schwarze Schafe“ nicht toleriert werden. Verfehlungen von Beamten werden in erster Linie nach dem Bundesdisziplinarrecht verfolgt. Entlassungen hingegen bedürften der rechtskräftigen Verurteilung durch die Staatsanwaltschaft. Bei privaten Chats, selbst im Dienst, sei die „strafrechtliche Relevanz aufgrund der fehlenden öffentlichen Außenwirkung“ nicht gegeben, argumentierten die Antragsteller. Hier forderten sie eine Reform des Landesdisziplinargesetzes mit weiterreichenden Befugnissen der Dienstherren. Per Änderungsantrag wollte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Anliegen weiter fassen. Denn das Fehlverhalten von Beamten richte sich gegen Mitglieder der Gesellschaft, die sie zu schützen hätten. Für eine Änderung der gängigen Praxis brauche es einen „konsensorientierten

Dialog mit den Beteiligten“, unterstrich Innenminister Christian Pegel (SPD). Der Antrag räume der Verwaltung Befugnisse ein, „die aus gutem Grund nur den Gerichten zustehen“, warnte die AfD. Die CDU sei für den Erhalt „der Systematik des Disziplinarrechts“ und nicht bereit, für schnellere Verfahren einen „politischen Preis“ zu zahlen. Dass Personen mit staatlicher Autorität „selbst gegen Verfassungsbestimmungen verstoßen“ und dies ohne Folgen bliebe, dulde die SPD nicht. Für dieses „umfassende“ Anliegen bevorzuge die FDP eine Ausschussüberweisung mit Anhörung, um der Sache „rechtssicher“ und „überzeugter“ zu genügen.

Dem Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde nur in einem Punkt entsprochen. Die Überweisung des Koalitionsantrages scheiterte an SPD, DIE LINKE und AfD, während sich die CDU enthielt. FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren dafür.

Der Antrag selbst wurde mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE angenommen. Die CDU, FDP und AfD votierten dagegen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielt sich.

*Antrag DIE LINKE und SPD  
Drucksache 8/2818*

*hierzu  
Änderungsantrag  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksachen 8/3379*

*Beschluss:  
Annahme der Nummer 1  
des Änderungsantrages  
Annahme  
des geänderten Antrages  
Ablehnung der Überweisung  
Ablehnung der Nummern 2 und 3  
des Änderungsantrages*

■ Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.



Fotos: Uwe Sinnecker

Finanzminister Dr. Heiko Geue beantwortet die Frage von Michael Meister (AfD).

### ■ Michael Meister, AfD:

Kein Seniorenticket ohne Bonität?

Guten Morgen, Frau Präsidentin!  
Guten Morgen, Herr Geue!

Es geht um das Seniorenticket hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Auf der Internetseite der Landesregierung heißt es dazu, ich zitiere: „Das Abo-Ticket ist zum Preis von 29 Euro für alle Anspruchsberechtigten erhältlich. Berechtigt sind Seniorinnen und Senioren, die ihren Hauptwohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern haben und 65 Jahre oder älter sind.“

Nun ist es so, dass sich ein Bürger an mich gewandt hat, der gerne dieses Seniorenticket haben möchte, es aber nicht bekommt. Und der Grund dafür ist eine negative Bonität. Genau das ist das Problem. Und auf mündliche Nachfrage bei dem Rostocker Nahverkehr wurde mir das eben auch bestätigt, dass man, wenn man eine negative Bonität hat, das eben nicht bekommt. Und nun ist die Frage, wie kann man diesem Mann helfen, dass er trotzdem ein solches Seniorenticket bekommt, oder muss er eben mit dem Stigma – in Anführungsstrichelchen – dieser negativen Bonität leben?

### Minister Dr. Heiko Geue:

Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin!

Herr Abgeordneter, Sie haben es gesagt, die Rahmenbedingungen für das Seniorenticket, 29 Euro, da ist ja jetzt auch das Deutschlandticket verbilligt, für die Senioren, ist das, glaube ich, eine richtig gute Maßnahme, und die wird auch nach den Verkaufszahlen, die ich hier sehe, sehr gut angenommen im Land. Also wir hatten im ersten Monat knapp 19.000 Abonnenten, und dann ging es aber schon los, seit September jeden Monat fast 30.000 oder sogar über 30.000 Abonnenten, also ein richtiger Erfolg.

Aber tatsächlich, Sie haben recht, es gibt diese Bonitätsprüfung, weil natürlich ein Problem ist,

*(Zuruf von Torsten Koplín,  
DIE LINKE)*

die Verkehrsverbünde müssen das ja bezahlen und das Angebot muss ja irgendwo dann erbracht werden, und wenn dann der Nachgefragte die Bonität nicht hat und am Ende nicht bezahlen kann, dann bleiben die Verkehrsverbünde darauf sitzen, auf den Kosten. Das ist überall in Deutschland gleich geregelt. Deswegen gibt es diese Bonitätsprüfungen. Nach den Unterlagen, die ich hier habe, seit Verkaufsstart gab es rund 25.000 Bonitätsprüfungen, 406 Personen sind durchgefallen von den



Minister Dr. Heiko Geue

25.000, also der eine, den Sie jetzt wahrscheinlich meinen, der ist einer der 406, also Ablehnungsquote von 1,6 Prozent.

Und jetzt, das ist ja Ihre Frage, die möchte ich auch gerne beantworten, wenn eben diese negative Bonitätsprüfung dann denjenigen erteilt, kann er selbst Auskunft beantragen, und zwar per Post, kostenfrei, und dann gibt es auch im Internet, beim Verbraucherservice kann man bei Selbstauskunft auf einen Link klicken und das entsprechend machen. Soweit ich weiß, kann man auch irgendwo anrufen und sich da unterstützen lassen, aber da kann man das noch mal hinterfragen. Er muss es jetzt also nicht einfach nur ertragen, sondern er könnte, wie gesagt, entweder per Post oder per Internet sich ...

*(Zuruf von  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Wieso? Doch!

**Präsidentin Birgit Hesse:**

Einen Moment, bitte, Herr Minister! Sie müssen nicht auf den Zwischenruf antworten, Sie beantworten die Frage von Herrn Meister. Und Herr Meister hat jetzt noch mal die Gelegenheit, auch eine Nachfrage zu stellen.

**Michael Meister, AfD:**

Ja, Sie haben es jetzt ja wortreich ausgeführt, aber wirklich die Frage konkret beantwortet, wie kann man jetzt dieser Person wirklich konkret helfen, die haben Sie halt nicht beantwortet, denn so ein Abo, das wird ja aus meiner Sicht normalerweise abgebucht. Und wenn es zu keiner Abbuchung kommt, dann sind da auch keine Kosten entstanden an sich.

**Minister Dr. Heiko Geue:**

Na sicher! Ha, ha!

*(allgemeine Heiterkeit)*

Oh, Entschuldigung! Gut. Also, Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, in welcher Welt leben Sie eigentlich?! Dann sind keine Kosten entstanden! Natürlich entstehen dann Kosten, weil so schnell, wenn ein Abbuchungsbeleg vorliegt, dann wird man zwei Monate mit Mahngebühren und Vollzug, das sind Kosten, die entstehen. Also das ist – wie gesagt, noch mal – bundesweit gleich geregelt. Es wird davon ausgegangen, dass ein finanzielles Risiko von rund 114 Euro je Nichtzahler besteht durch so eine Situation. Und das addiert sich dann schnell. Hier ist mir aufgeschrieben worden, Betrag von über 46.000 Euro.

Noch mal, dem Mann kann geholfen werden, indem, wenn Sie mit ihm weiter Kontakt haben, sagen Sie, er kann eine Selbstauskunft beantragen, entweder per Post oder per Internet.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)*



Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) richtet seine Frage an Innenminister Christian Pegel.

**Hannes Damm,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

NATO-Militärinformationen veröffentlicht?

Guten Morgen, Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Pegel, ich befrage Sie zu den NATO-Militärinformationen aus Verschlussdrucksachendokumenten im öffentlich ausgelegten und online gestellten Entwurf des Planfeststellungsbeschlusses für die Pipeline Nord Stream 2.

Meine Frage ist: Hat das Bergamt Stralsund, das ja zu diesem Zeitpunkt dem Energieministerium und damit Ihnen als Energieminister unterstand, NATO- beziehungsweise Militärinformationen aus Verschlussdrucksachendokumenten in den öffentlich ausgelegten und online verfügbaren Entwurf des Planfeststellungsbeschlusses für die Pipeline Nord Stream 2 geschrieben und wurden diese Informationen erst nach einer Intervention durch die Bundeswehr nachträglich wieder entfernt?

**Minister Christian Pegel:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst entschuldige ich den Kollegen Reinhard Meyer krankheitsbedingt und vertrete ihn gerne. In der Tat gehörte das Bergamt zum damaligen Geschäftsbereich, in dem ich mitarbeiten durfte, und hat das

Planfeststellungsverfahren bearbeitet. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens waren Risikoanalysen zu betreiben und vorzulegen. Wie weit ein Übungsgebiet der Marine, das relativ nah zu den Leitungen lag oder davon durchkreuzt wird, da bin ich nicht ganz sicher, wie weit also dort Risiken bestehen, die möglicherweise gegen eine Planfeststellungsgeheimung gestanden hätten. Die Bundeswehr selbst kannte das Verfahren bereits aus der Genehmigung von Nord Stream 1 und hatte den Anspruch erhoben, dass auch bei Nord Stream 2 erneut so eine Risikobewertung vorgenommen wird. Das tun dann externe Dienstleister im Auftrag des Vorhabenträgers, also der Nord Stream 2 AG, hier ein relativ renommierter Zertifizierer für maritime Dienstleistungen, der Germanische Lloyd.

Dafür waren in der Tat gewisse Schusszahlen der Marine für Übungen, also wie viel Munition verschossen wird in Übungssituationen, erforderlich. Die sind bereitgestellt worden und sollten nicht veröffentlicht werden. Das war die Maßgabe, die die Bundeswehr an die Hand gab. Beim Schreiben des Planfeststellungsbeschlusses ist dann das Gutachten des Germanischen Lloyds wiedergegeben worden, weil damit mit dem Inhalt des Gutachtens überhaupt erst nachvollziehbar war, weshalb im Abwägungsprozess das Bergamt es für möglich hielt, dass



Fotos: Uwe Sinnecker



Innenminister Christian Pegel



Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP)

kein Risiko besteht, oder davon überzeugt war, dass kein Risiko besteht, und deshalb eine Genehmigung erteilt werden konnte.

Dieser nicht Entwurf, sondern fertige Planfeststellungsbeschluss wird dann an die Vorhabenträger, aber insbesondere an die Träger öffentlicher Belange versendet und zeitversetzt dazu hinterher öffentlich gestellt. Träger öffentlicher Belange ist zum Beispiel die Bundeswehr, die dann festgestellt hat, dass ein Versehen passiert ist, nämlich, dass konkrete Schusszahlen aus dem Gutachten des Germanischen Lloyds übernommen worden sind, damit aber Daten, die sie ursprünglich als Verschlussachen gekennzeichnet hatte und nicht veröffentlicht wissen wollte.

Die Bundeswehr hat sich dann an das Bergamt gewendet, auf das Versehen hingewiesen, und man hat dann die entsprechenden Datenblätter mit wenigen Schwärzungen in die Auslegung gegeben am ersten Tag der Auslegung. Nachdem die Bundeswehr das Signal gegeben hat, ist das auch entsprechend umgesetzt worden, sodass sowohl im Internet, das, was das Bergamt selber bereitstellt, als auch an den Auslegungsstellen auf Rügen und vor der Insel Rügen die Schwärzungen hinterlegt wurden.

**Präsidentin Birgit Hesse:**  
Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Damm, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

**Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**  
Ja, nur noch mal zum Verständnis. Also ja, das ist sozusagen so passiert, wie ich das gefragt habe. Das war

erst öffentlich und dann wurde es nachträglich wieder rausgenommen, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Ich habe nämlich, die Mitteilung des Bergamtes hat sich für mich anders gelesen, deswegen wollte ich das noch mal nachfragen.

Und wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, das wäre dann auch meine Nachfrage, wurde dieser Entwurf des Planfeststellungsbeschlusses, der diese geschützten Informationen zu dem Zeitpunkt im Klartext, also ungeschwärzt enthielt, auch direkt an die Nord Stream 2 AG gesendet sozusagen, sodass sie diese Information unabhängig von der öffentlichen Auslegung, diese Verschlussacheninformationen also auch noch mal hatten oder schon vorweg hatten.

**Präsidentin Birgit Hesse:**  
Herr Damm, Sie haben jetzt sehr geschickt zwei Nachfragen formuliert, aber ich gehe davon aus, der Minister wird es schaffen, auf eine zu antworten.

**Minister Christian Pegel:**  
Ich versuche, es als eine zu verstehen.  
Also erstens, Nord Stream als Vorhabenträger hat bereits die Daten mit Erlaubnis der Bundeswehr erhalten, als sie ins Begutachtungsverfahren gegangen sind, weil Nord Stream 2 den Germanischen Lloyd als Gutachter beauftragt hatte. Also dafür bestand ausdrücklich das Einvernehmen der Bundeswehr, weil Sie da offenbar in Sorge sind. Diese Daten sind Nord Stream übergeben worden und dann dem Germanischen Lloyd. Das war von der Bundeswehr genehmigt, und von daher, ja, auch Nord Stream kriegt dann den fertigen – nochmals, es ist kein Entwurf, sondern den fertigen –

Planfeststellungsbeschluss, und zwar, bevor er ausgelegt wird, genau wie die Träger öffentlicher Belange, und hat damit auch ein Exemplar gehabt, aber bei Nord Stream jetzt undramatischer, weil da eben vorher die Erlaubnis erteilt worden war, wo ebenfalls entsprechende Daten veröffentlicht waren.

Zu der Frage, wie Sie irgendwelche Hinweise des Bergamtes, die Sie vermutlich aus dem PUA-Unterlagen bereits gelesen haben, anders verstanden haben, kann ich nichts sagen. Ich kann Ihnen sagen, was die mir aufgeschrieben haben. Ich gehe jetzt mit der Vorbereitung des Ministerkollegen hier rein, weil ich diesen Sachverhalt aus eigener Erinnerung nicht kenne und deshalb ein Stück weit auf das abstellen muss. Ich kann Ihnen nur mitteilen, was ich gesehen habe. – Danke!

---

**René Domke, FDP:**

Tourismusabgabe in MV?

[...] Mir geht es darum, der Wirtschaftsminister hat ja immer wieder angekündigt, im Rahmen seines Tourismusgesetzes eine Tourismusabgabe in Mecklenburg-Vorpommern einführen zu wollen, und ich hätte ganz gerne von Ihnen gewusst, wo Sie oder wie Sie die Wechselwirkung mit der Übernachtungssteuer auf kommunaler Ebene sehen.

**Minister Dr. Heiko Geue:**  
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Genau, Sie haben ja die zwei Instrumente jetzt schon aufgerufen, Tourismusabgabe und diese sogenannte Bettensteuer. Und der Unterschied ist ja nun, oder mal anders formuliert, wir



Finanzminister Dr. Heiko Geue beantwortet die Frage von René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP).

Foto: Uwe Sinnecker

haben ja in den Tourismusstädten logischerweise ganz andere Herausforderungen an die Infrastruktur, weil zeitweilig, also in der Hochsaison, auch in mancher Nebensaison sehr viele Menschen dort sind. Und entsprechend ist natürlich eine andere Aufwendung da als bei anderen Gemeinden, die ja vielleicht mal einen Touristen sehen, aber wo das nicht so intensiv ist. Und deswegen gibt es ja überhaupt diese Instrumente Tourismusabgabe und, ich sage mal, Bettensteuer, sprechen wir gleich darüber.

Die Tourismusabgabe hat den klaren Vorteil, dass die Einnahmen, die damit erzielt werden, tatsächlich verwendet werden, um eben diese Art von Infrastruktur vor Ort dann auch finanzieren zu können, damit das dann auch gemacht wird. Bei der Bettensteuer ist es so – und da haben wir ja auch unterschiedliche, die ist dann auch wieder für normale Leute und für Geschäftsreisende, da gibt es dann auch wieder Unterschiede, aber egal wie –, die Einnahmen, die über eine Steuer kommen, Herr Abgeordneter, Ihnen brauche ich es nicht lange zu erklären, aber die gehen natürlich dann in den Gesamthaushalt der jeweiligen Kommune und können verwendet werden, wie immer man meint, also zum Beispiel auch zum Ausgleich des kommunalen Haushaltes, wie auch immer, sagen wir mal, die Lücke dann entstanden ist.

Und damit gibt es hier eine klare Einschätzung des Wirtschaftsministeriums, die mir aufgeschrieben worden ist, wie ich durchaus auch teile, dass die Bettensteuer der touristischen Wettbewerbsfähigkeit schadet. Und deswegen sieht der Minister Meyer das ganz klar so, dass er eine gerechte, transparente und hinreichend und langfristig stabile Tourismusfinanzierung in M-V sichern will, dass er deswegen an der Einführung eines Tourismusgesetzes arbeitet, und dieses soll durch gäste- und unternehmensbezogene Abgaben erfolgen, die dann im Gegensatz zur Bettensteuer zweckgebunden für den Tourismus eingesetzt werden können.

Ich glaube, die Stoßrichtung ist klar. Deswegen arbeitet er an dem Gesetz, und das ist das, was mir aufgeschrieben worden ist.

**Präsidentin Birgit Hesse:**

Herr Domke, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

**René Domke, FDP:**

Ja, sehr gern.

Das hat das Bundesverfassungsgericht ja entschieden, dass die Übernachtungssteuer noch ausgedehnt werden kann, auch auf berufliche Übernachtungen. Das war vorher nicht so. Das heißt, es ist eine hohe Einnahmequelle für einige

Städte und Gemeinden inzwischen geworden.

Ich bin – nur so am Rande –, ich bin eher da bei Ihnen, dass wir diese Aufwandssteuer jetzt nicht auch zusätzlich bräuchten. Aber wie will jetzt genau der Minister denn verhindern – denn wir sind ja immerhin im Bereich des Steuerfindungsrechtes der Kommunen, der kommunalen Selbstverwaltung, das ist eine Aufwandssteuer, die die Kommunen ja selber erheben dürfen –, wie wollen Sie diesen Konflikt lösen? Sie werden mit einer landesweiten Tourismusabgabe ja weniger das Steuerfindungsrecht suspendieren können der Kommunen. Wie will man diesen Konflikt lösen, oder sehen Sie nicht die Gefahr, dass am Ende eine Doppelbelastung entstehen kann?

**Minister Dr. Heiko Geue:**

Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Also tatsächlich ist es ja so, dass in Greifswald, Stralsund, Wismar und Schwerin die Bettensteuer gegenwärtig in Mecklenburg-Vorpommern erhoben wird, in Greifswald, Stralsund und ab 2024 geplant auch in Wismar für Geschäftsreisende, in Schwerin scheint es nicht so viele Geschäftsreisende zu geben. Na, ich sage jetzt mal, auf jeden Fall ist das bisher nicht geplant.

Und mir ist hier nur aufgeschrieben worden, das Problem wird offensichtlich klar gesehen im Wirtschaftsministerium. Das würde ich auch so sagen. Man muss echt aufpassen, dass da nicht eine Doppelbelastung am Ende entsteht. Und hier steht, hier muss, also hier bei dem Tourismusgesetz muss auch der Umgang mit der Bettensteuer in Mecklenburg-Vorpommern geregelt werden, denn die Gäste dürfen nicht doppelt zur Kasse gebeten werden.

Ihre Frage war jetzt: Wie kann man das denn im Vergleich zu einem Bundesgesetz regeln? Da bin ich jetzt leider auch nicht wirklich sprachfähig, da müssten Sie vielleicht noch mal bilateral das Wirtschaftsministerium fragen, wie die das planen.

**Katy Hoffmeister, CDU:**

## Warum weniger Studienanfänger in MV?

Guten Morgen, Frau Präsidentin!  
Schönen guten Morgen,  
Frau Ministerin!

Ich will mit Ihnen den Semesterstart an unseren Hochschulen reflektieren, und zwar zwei Effekte, einmal die Frage des Rückgangs der Gesamtstudierendenzahlen in unserem Land und zum anderen der Studienanfänger, denn beides ist besorgniserregend.

Während ich für die Frage des Rückganges durchaus eine Begründung sehen könnte der Gesamtstudentenzahl – die liegt ja auf der Hand, also Corona-Effekte haben sich ausgewirkt durch Verzögerung der Semester und auf der anderen Seite sicherlich auch die Frage des Studienbeginns –, ist aber aus meiner Sicht die Zahl dramatisch, wenn wir uns angucken, wie viel Studenten tatsächlich ihre Tätigkeit bei uns an den Hochschulen aufgenommen haben, weil wir da von einem Rückgang von 16,7 Prozent reden. Und wir gehen zurück bei 2023/24 auf das Vergleichsjahr 2020/21, was aus meiner Sicht auch seriös ist, weil wir in den nachfolgenden Abgängerzahlen zur Hochschulreife durchaus Effekte wie G8/G9-Wechsel hatten, wenn wir uns das bundesweit angucken.

Deshalb ist meine Frage an Sie: Wie erklären Sie den Rückgang der Neuanfänger an den Hochschulen hier? Und die zweite Frage liegt auf der Hand, die stelle ich aber auch gern danach: Was tun wir dagegen, damit wir bundesweit auf dem Niveau bleiben, was, glaube ich, angemessen ist?

### Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Frau Hoffmeister! Also ich gehe davon aus, dass dann die erste Frage die tatsächliche Frage ist, und die zweite dann gleich die Nachfrage ist, die Sie mitgestellt haben.



Ministerin Bettina Martin



Katy Hoffmeister (CDU)

Fotos: Uwe Sinnecker

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

### Ministerin Bettina Martin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Frau Hoffmeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte erst mal was zu den Zahlen sagen. Also wir haben jetzt die Zahlen für das letzte, also das laufende Semester, das sind erst mal akkumulierte vorläufige Zahlen, die sind ja noch nicht die offiziellen Zahlen, die erst mal das Bild ergeben, dass wir im Vergleich zum Vorjahr bei den Erstsemestern einen Rückgang von 2,3 Prozent haben und insgesamt 3,4 Prozent im Vergleich zum vergangenen Semester. Und das sage ich deswegen – ich weiß, Sie haben ja extra den Vor-Corona-Effekt auch angesprochen –, ich sage das aber deswegen, weil es einen Trend zeigt dahin, dass wir wieder mehr Studierende ins Land bekommen. Jeder Rückgang ist besorgniserregend, und da teile ich Ihre Ansicht, aber ich möchte jetzt einfach noch mal die 16 Prozent ein bisschen auch ins Lot rücken.

Die Frage, die erste Frage: Wie erklären wir uns das? Das hat natürlich einen Grund, haben Sie schon genannt, es gibt immer noch Corona-Effekte. Wir haben jetzt aber natürlich auch die demografische Entwicklung. Wir haben auch, wenn man sich das mal bei uns im Land anguckt und wenn wir bei uns im

Land mal schauen, weniger Landeskinder. Wir sind also darauf angewiesen, dass viele aus den anderen Bundesländern kommen und auch aus den Ländern drum rum, also auch ausländische Studierende.

Und deswegen, jetzt komme ich zur zweiten Frage oder, ja, zur zweiten Antwort: Was tun wir dagegen? Erstens ist natürlich sehr sinnvoll und notwendig, dass wir ein attraktives Studienangebot haben im Land. Wir haben gerade in den letzten Jahren ja auch viele neue Studiengänge, moderne Studiengänge eingerichtet. Ich sage nur mal das Beispiel, einmalig in ganz Deutschland ist die Ausbildung zum Lotsen an der Hochschule Wismar.

*(Die Abgeordnete Katy Hoffmeister spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)*

Ja, aber wir haben im Bereich der Bauingenieure viel gemacht. Das BLU-Konzept – das zeigt sich – wird unglaublich gut nachgefragt. Da ist also auch eine steigende Anzahl an Studierenden in dem Bereich natürlich zu sehen.

Wir müssen – und das tun einerseits die Hochschulen, für sich zu werben – auch in den ersten Semestern natürlich Einführungsseminare anbieten, Einführungsbereiche, das ist ein wichtiger Punkt. Es gibt von uns die Kampagne „Studieren mit Meerwert“. Wir haben natürlich in dem ganzen Bereich auch Marketingkampagnen, hochschulübergreifende Maßnahmen. All das sind wichtige Punkte.

Und wir haben gestern ja den Haushalt beschlossen. Ein Punkt ist auch, dass das Umfeld für die Studierenden gut ist. Also wir stärken die Studierendenwerke, mit dem neuen Haushalt legen wir oben drauf was für die Studierendenwerke. Das ist ein wichtiger Punkt. Insofern müssen wir unsere Hochschullandschaft insgesamt attraktiv machen, dass diese in den letzten Jahren rückgehenden Zahlen auch wieder ansteigen können.

# Laufende Gesetzgebung

Stand: 9. Januar 2024

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1923	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1938	FDP	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2594	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Novellierung des Landesjagdrechts	Agrarausschuss	1. Lesung: 20.09.2023 in Beratung
8/2714	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Jugendbeteiligung und Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte sowie zur Änderung anderer Gesetze (Jugend-beteiligungs- und Vielfaltsgesetz – JVG M-V)	Sozialausschuss	1. Lesung: 08.11.2023  in Beratung
8/2720	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Disziplinar-gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 08.11.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2803	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung	-	1. Lesung: 14.12.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2809	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes über die Einrichtung interner Meldestellen für hinweisgebende Personen im kommunalen Bereich (Kommunales Hinweisgebermeldestellengesetz – KommHinMeldG M-V)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 14.12.2023 in Beratung
8/2810	Landes- regierung	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes	Bildungs- ausschuss	1. Lesung: 14.12.2023 in Beratung
8/2811	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Vorschriften	Innenausschuss	1. Lesung: 14.12.2023 in Beratung

# Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 14. Dezember 2023 entschieden | Stand: 9. Januar 2024

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/2399	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024/2025	Landesregierung	1. Lesung: 04.09.2023 2. Lesung: 13.12.2023	Annahme
8/2400	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025)	Landesregierung	1. Lesung: 04.09.2023 2. Lesung: 13.12.2023	Annahme
8/2553	Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung von Rechtsvorschriften im Bereich der Sozialen Entschädigung in Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	1. Lesung: 20.09.2023 2. Lesung: 14.12.2023	Annahme
8/2590	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalen Standarderprobungsgesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 20.09.2023 2. Lesung: 14.12.2023	Annahme
8/2591	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalen Versorgungsverbandsgesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 20.09.2023 2. Lesung: 14.12.2023	Annahme
8/2593	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Aufarbeitungsbeauftragtengesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 20.09.2023 2. Lesung: 14.12.2023	Annahme
8/2707	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vergabenachprüfungsgesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 08.11.2023 2. Lesung: 14.12.2023	Annahme
8/2708	Entwurf eines Gesetzes über die Öffnungszeiten von Verkaufsstellen für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Öffnungszeitengesetz – ÖffZG M-V)	Landesregierung	1. Lesung: 08.11.2023 2. Lesung: 14.12.2023	Annahme
8/2759	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	1. Lesung: 08.11.2023 2. Lesung: 14.12.2023	Annahme

## Abschied

Foto: Landtag MV



Cornelius Kettler lebt nicht mehr. Diese traurige Nachricht erreichte den Landtag zum Jahreswechsel. Der Fotojournalist hat das landespolitische Geschehen in Mecklenburg-Vorpommern seit Anfang der 1990er-Jahre eng begleitet und große wie kleine Ereignisse dokumentiert. Dem Parlamentsgeschehen wie auch dem Schweriner Schloss in besonderer Weise verbunden lieferte er immer wieder auch Fotos für die Landtags-Nachrichten - darunter zahlreiche Telfotos. Cornelius Kettler wurde 73 Jahre alt. Er wird fehlen. Der Landtag wird sein Andenken in Ehren halten.



v.l.n.r.: Jürgen Reysa (Referent), Daniel Seiffert (Abgeordneter), Arndt Müller (Referent), Britta Stüdemann (Referentin), Dr. Sylva Rahm-Präger (Ausschussvorsitzende), Eiko Potreck (Geschäftsführer der OVVD), Hannes Damm (Abgeordneter), Gunnar Hennings (Referent), Stephan Schütt (Technischer Leiter der OVVD)

## Agrarausschuss vor Ort

Abgeordnete besuchen Deponie Rosenow



Die Abfallannahme bei der Ostmecklenburgisch-Vorpommerschen Verwertungs- und Deponie-GmbH (OVVD) in Rosenow.



Im Rahmen des Termins besichtigten die Teilnehmenden auch die Deponie.

Am 22. November 2023 haben Mitglieder des Agrarausschusses die Ostmecklenburgisch-Vorpommersche Verwertungs- und Deponie-GmbH (OVVD) in Rosenow besucht, um sich beispielhaft über die Abfallbehandlung und Abfallentsorgung in MV zu informieren. Im Fokus der Exkursion standen Aufgaben, Probleme und die zukünftige Entwicklung des Unternehmens, das Logistikkonzept und der Abfallumschlag, der Deponiebau und Deponiebetrieb, die mechanisch-biologische Abfallbehandlung, der Betrieb des Kompostwerks Reinberg, die Deponierung behandelter Restabfälle sowie die Besichtigung technischer Anlagen.

Die Ausschussmitglieder wurden darüber informiert, dass die OVVD als kommunale Entsorgungsgesellschaft der Landkreise Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern-Greifswald und Vorpommern-Rügen seit 1992 tätig sei und inzwischen Abfälle von ca. 725.000 Einwohnern entsorge. Gesellschafter der Tochtergesellschaft ABG mbH, welche am Standort die mechanisch biologische Abfallbehandlungsanlage betreibt, sei-

en die OVVD GmbH sowie als private Partner die Unternehmen REMONDIS und Nehlsen. Die bislang genehmigte Deponiekapazität betrage 8 Millionen m<sup>3</sup>. Seit 1997 werde die Zentraldeponie, seit 2005 die mechanisch-biologische Behandlungsanlage für Siedlungsabfälle betrieben. Seit 1997 würden vier Abfallumschlagsstationen mit angegliederten Wertstoffhöfen und seit 2016 das Kompostwerk Reinberg unterhalten. Derzeit könne man 210.000 t Siedlungsabfälle (Haus- und Sperrmüll sowie hausmüllähnlicher Gewerbeabfall) pro Jahr mechanisch-biologisch behandeln und den daraus entstehenden Restabfall nach 3 Wochen Intensivrotte und 5 Wochen Nachrotte deponieren. Aussortierte Eisen- und Nichteisenmetalle, Altholz und Ersatzbrennstoffe würden einer Nachnutzung zugeführt. Unter anderem versorge man das Heizwerk Stavenhagen mit hochkalorischen Reststoffen. Das Kompostwerk Reinberg habe eine Kapazität von 20.000 t Bioabfall sowie Grünschnitt pro Jahr und werde seit 2017 in Eigenregie betrieben. Jährlich würden 10.000 t zertifizierter Frischkompost sowie 1.000 t mit einem Gütesiegel verse-

hener Fertigkompost für die landwirtschaftliche und private Nutzung erzeugt. Es sei geplant, die Kapazität des Kompostwerkes auf 35.000 Jahrestonnen zu erweitern.

Zukünftige Planungen des Unternehmens richteten sich auf die Neuausschreibung der Restabfallbehandlung ab Mitte 2025, die Erweiterung der mechanisch-biologischen Behandlungskapazität, die Fortsetzung der Standortsuche für eine DK-I-Deponie im Raum Vorpommern sowie die Überplanung des Deponiestandortes Rosenow zu einem Standort für regenerative Energien. Man wolle für die kommenden 30 Jahre die Entsorgungssicherheit in der Region gewährleisten.

Abschließend wurde eindringlich an die Ausschussmitglieder appelliert, sich für Informationskampagnen einzusetzen, die der Bevölkerung vermitteln, dass Batterien und Akkumulatoren nicht über Hausmüll, sondern über die weit verbreiteten Sammelstellen in Geschäften und Wertstoffhöfen zu entsorgen seien. Denn sehr häufig würden sich durch mechanischen Druck beschädigte Lithium-Batterien entzünden und Brände auslösen.

## Einblicke in jüdische Kultur

Besuch des Wissenschafts- und Europaausschuss  
bei der jüdischen Gemeinde in Schwerin während des Lichterfestes  
Chanukka

Fotos: Lamtag MV



Landesrabbiner Yuriy Kadnykov erklärt den Ausschussmitgliedern die Lesung einer 300 Jahre alten Tora.

Der Landesrabbiner Yuriy Kadnykov empfing die Mitglieder und schilderte sehr eindrücklich die Geschichte der Jüdinnen und Juden, die seit dem 17. Jahrhundert in Schwerin lebten.

Die erste, aus privaten Mitteln finanzierte Synagoge sei 1773 auf dem Hinterhof der ehemaligen Schlachterstraße 3 eingeweiht worden. Mit den Beschlüssen des Wiener Kongresses 1815 hätten Menschen jüdischen Glaubens wesentlich mehr Rechte bekommen, wie z. B. den Zugang zu Universitäten, sodass die Zahl der jüdischen Gemeindemitglieder in Schwerin angestiegen sei. 1819 habe die Gemeinde bei den sogenannten Hep-Hep-Krawallen antisemitische Übergriffe erfahren. Im weiteren Verlauf habe die gesellschaftliche Toleranz gegenüber den Schweriner Jüdinnen und Juden zugenommen, sodass 1825 die erste Synagoge durch eine größere Synagoge ersetzt und eingeweiht worden sei. Darüber hinaus seien Wohnräume, u. a. für den Landesrabbiner um die Synagoge herum errichtet worden. Ebenso hätten die Schweriner Juden 1849 das Bürgerrecht erhalten. Er führte weiter aus, dass mit der Gründung des Norddeut-

schen Bundes 1867 mehr Menschen, auch jüdischen Glaubens, nach Schwerin gekommen seien, sodass die zweite Synagoge im Hof weitergebaut und mit einer Zwiebelkuppel erweitert worden sei.

Während der Reichskristallnacht 1938 sei die Schweriner Synagoge durch Nationalsozialisten verwüstet und zerstört worden. Die Gemeindemitglieder hätten nach dem Pogrom die Synagoge eigenhändig abtragen müssen. Die wenigen in der Stadt verbliebenen Juden seien gezwungen worden ihre Wohnungen zu räumen und in die Räumlichkeiten der jüdischen Gemeinde am Schlachtermarkt zu ziehen. 1942 seien sie nach Auschwitz und Theresienstadt deportiert worden. Keiner der Bewohner habe den Holocaust überlebt. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges habe es noch knapp 100 Juden in Mecklenburg gegeben. Die langsame Wiederbelebung habe die Gemeinde erst langsam erfahren und 1947 die heutigen Räumlichkeiten nach der Enteignung durch die Nationalsozialisten zurückbekommen.

Valeriy Bunimov, eines der ältesten Gemeindemitglieder und Vorsitzender des

Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, berichtete den Ausschussmitgliedern vom Wiederaufbau der jüdischen Gemeinde nach dem Mauerfall 1989. Zu Zeiten der politischen Wende habe es neben Valeriy Bunimov nur noch sieben Gemeindemitglieder gegeben. Es sei schwierig gewesen die jüdische Gemeinde in Schwerin wiederaufzubauen, man habe aber sehr viel Unterstützung erfahren. Auch wenn Schwerin nicht die größte Gemeinde sei, sei sie dennoch bedeutend. Dies habe sich vor allem an der prominenten Unterstützung zum Wiederaufbau von beispielsweise Ignatz Bubis, dem ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden gezeigt. Bubis habe sehr viel dazu beigetragen, dass die jüdische Gemeinde in Schwerin wieder aufgebaut werden konnte.

Der Landesrabbiner berichtete weiter, dass der Neubau der Synagoge am historischen Standort der alten Synagoge 2007 beschlossen worden sei. Während der Ausgrabungen 2008 habe man Grundmauern und Fragmente der alten Synagoge gefunden, die in den Neubau der Synagoge integriert worden seien. Die Zahl der Mitglieder lag im Jahr 2005 bei 1.000 Mitgliedern, jedoch seien die Mitgliedzahlen seitdem rückläufig. In Mecklenburg-Vorpommern gebe es 1.100 Mitglieder, wovon 610 Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Schwerin angehörten.

Die meisten Mitglieder seien aus Osteuropa nach Mecklenburg-Vorpommern immigriert. Gottesdienste würden in vier Sprachen abgehalten: hebräisch, aramäisch, russisch und deutsch. Dabei werde im Gegensatz zu den evangelischen oder katholischen Gottesdiensten chronologisch im Gebetsbuch gelesen. In diesem Zusammenhang zeigte der Landesrabbiner den Ausschussmitgliedern eine mehr als 300 Jahre alte Torarolle und erläuterte anhand dieser die Lesungen. Vor dem Hintergrund des Massakers der

Hamas-Terroristen in Israel am 7. Oktober 2023 habe die jüdische Gemeinde viel Solidarität und Unterstützung erfahren. Es gebe ein Maßnahmenkonzept und die Polizei patrouilliere regelmäßig. Die Möglichkeit eines dauerhaften Schutzes werde derzeit mit der Landesregierung erörtert. Neben der Angst vor den Folgen des Massakers sowie der Trauer um die Opfer begleite die Mitglieder auch die Sorge um die Reaktion der Gesellschaft. Yuriy Kadyukov führte aus, dass Antisemitismus viele Facetten habe. So gebe es vor Ort noch starke antiisraelische Prä-

senz, die noch aus DDR-Zeiten herrühre. Ebenso sei der vorherrschende Islamismus zu nennen. Darüber hinaus gebe es Gruppen in Mecklenburg-Vorpommern, die offen rechtsextrem seien und dies auch lebten. Umso wichtiger sei die Arbeit des Beauftragten für jüdisches Leben in M-V und gegen Antisemitismus, mit dem man enge Kontakte und einen guten Austausch pflege. Darüber hinaus gehöre die jüdische Gemeinde dem interreligiösen Dialog an, einem Zusammenschluss verschiedener Religionsgemeinschaften.

Abschließend machte der Landesrabbiner noch auf die Bedeutung des stattfindenden Chanukka-Festes für die jüdische Gemeinde aufmerksam, die das jüdische Lichterfest acht Tage lang feiere. Jeden Tag werde an dem achttarmigen Leuchter Chanukia ein Licht entzündet. Das Fest stehe für den Glauben an ein Wunder und die Kraft des Lichtes in dunklen Stunden. Er betonte, dass Chanukka vor allem in diesen Tagen die Hoffnung für eine friedlichere Zukunft mit sich trage.

## Arbeit der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“

10 Sitzungen / 40 Veranstaltungen / 5 Umfragen und ganz viel mitmischen in 2023

Die 13 parlamentarischen und 12 nichtparlamentarischen Mitglieder der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ haben sich in den 10 Sitzungen des Jahres 2023 insbesondere mit den Themen „gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen“ sowie „formale und non-formale“ Bildung beschäftigt. Eine Auswärtssitzung führte sie in das „Beteiligungsdorf“ Balow. Es wurden 26 Sachverständige und Experten aus verschiedenen Bereichen angehört und viele weitere Gäste, u. a. aus der Landesregierung begrüßt. Darüber hinaus wurde das erste wissenschaftliche Grundlagenpapier sowie das Gutachten zum 1. Themencluster beraten und verabschiedet. Dabei wurden fast 850 Seiten Expertise und Protokolle zusammengetragen und erstmalig in MV ein innovativer Beteiligungsindex erstellt.

### Ziel ist es die Bekanntheit von #mitmischenMV zu steigern

Fünf der Sitzungen wurden von Besuchergruppen verfolgt, die im Anschluss, durch das Sekretariat durchgeführte Workshops zum Beteiligungsprozess #mitmischenMV, besuchten. Das Sekretariat der Enquete-Kommission hat an über 40 Veranstaltungen und Workshops

teilgenommen oder diese selbst ausgerichtet. Highlights waren dabei die Veranstaltungen „Musik und Politik“ im Schlossinnenhof in Schwerin sowie die erste Jugendkonferenz in Prora. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden alle Schulen im Land angeschrieben und mit Plakaten und Flyern versorgt. Im Rahmen einer Werbemaßnahme wurde auf 80 Großflächenplakaten sowie mithilfe einer Werbeanzeige im Fahrgast-TV der DB-Regio Züge im Land, für die Enquete-Kommission und den Beteiligungsprozess #mitmischenMV geworben. Daneben wurde die Social-Media-Präsenz ausgebaut. Die Website [www.mitmischen-mv.de](http://www.mitmischen-mv.de) steht seit Juni 2023 zur Verfügung. Durchschnittlich wird sie täglich von etwa 35 Besucherinnen und Besuchern aufgesucht. Tendenz steigend.

Daneben besteht die Möglichkeit an Umfragen teilzunehmen. Aktuell läuft die mittlerweile 5. Umfrage, bei der sich alles um Fragen der Bildung dreht. Mehr als 500 Personen haben an den Umfragen bisher teilgenommen. Auf Instagram wurde in diesem Jahr die Zahl von 700 Followern erreicht. Das neu gegründete Jugendredaktionsteam „JuMi“ hat mit seinen regelmäßigen Beiträgen einen wesentlichen Beitrag hierzu geleistet.



Mit Christian Winter (SPD) als Vorsitzenden geht die Enquete-Kommission in ihr drittes Jahr.

Foto: Landtag MV

### Weiter geht es mit der Jugendkonferenz zum Thema Bildung

Auch für das Jahr 2024 hat sich die Enquete-Kommission viel vorgenommen. Bereits Anfang März steht die zweite Jugendkonferenz an. Diese findet vom 01.03. bis 03.03.2024 in der Jugendherberge Burg Stargard zum Themenbereich Bildung statt. Junge Menschen aus MV zwischen 12 und 27 Jahren können dabei sein, sich vor Ort mit anderen Jugendlichen zu ihren Erfahrungen und Ideen rund um das Thema Bildung austauschen und gemeinsam Rückmeldungen für den Landtag mit eigenen Ideen für MV erarbeiten. Die Teilnahme ist kostenlos. Die Anmeldung ist über die Webseite sowie via E-Mail ([enquete@landtag-mv.de](mailto:enquete@landtag-mv.de)) möglich.

Alle Informationen zu weiteren geplanten Veranstaltungen und inhaltlichen Themenschwerpunkten im kommenden Jahr sind auf [www.mitmischen-mv.de](http://www.mitmischen-mv.de) oder auf Instagram #mitmischenMV zu finden. Einfach reinschauen, mitmischen und ganz wichtig: weitersagen.





Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen begrüßten die Sternsinger vor dem Hauptportal des Schweriner Schlosses.

## Sternsinger im Schweriner Schloss empfangen

Landtagspräsidentin Birgit Hesse hat am 5. Januar – einen Tag vor dem Dreikönigstag – Kinder aus der katholischen Pfarrei St. Otto in Greifswald sowie der Schweriner Niels-Stensen-Schule am Sitz des Landesparlaments begrüßt und deren Einsatz für Kinder in Not Respekt gezollt stellvertretend für alle in Mecklenburg-Vorpommern für Kinderprojekte Spenden sammelnden Sternsingerinnen und Sternsinger. Die Kinder brachten den traditionellen Dreikönigssegens für das neue Jahr „20+C+M+B+24“ (Christus Mansionem Benedicat = Christus segne dieses Haus) am Portal des Landtages sowie am Büro der Präsidentin an. Im Anschluss an eine Andacht in der Schlosskirche kamen die Kinder im Plenarsaal mit der Landtagspräsidentin und weite-



Kinder aus der katholischen Pfarrei St. Otto in Greifswald.



Der Geruch des angezündeten Weihrauchs verbreitete sich im ganzen Schloss.

ren Abgeordneten ins Gespräch. Nach einem Mittagessen rundete eine Schlossführung den traditionellen Besuch der Sternsingerinnen und Sternsinger im Schweriner Schloss ab.

„Ich freue mich sehr darüber, dass ihr da seid. Ihr zeigt mit eurer Sammlung für in Not geratene Kinder, dass euch nicht egal ist, was mit anderen Kindern geschieht. Ihr beweist Mitgefühl und führt

Fotos: Uwe Sinnecker



v.l.n.r.: Martin Schmidt (AfD), Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Sandy van Baal (FDP), Christian Winter (SPD), Mandy Pfeifer (SPD), Thomas Würdich (SPD), Torsten Koplín (DIE LINKE), Sebastian Ehlers (CDU)



Landtagspräsidentin Birgit Hesse freut sich über den Dreikönigsseggen für das neue Jahr „20+C+M+B+24“ (Christus Mansionem Benedicat = Christus segne dieses Haus).



Alle Beteiligten nahmen an der Andacht in der Schlosskirche teil.



Im Plenarsaal beantworteten die Abgeordneten die Fragen der jungen Gäste.

uns allen auf fröhliche und liebevolle Weise vor Augen, was Miteinander und Nächstenliebe erreichen können und wie wichtig sie für unser Zusammenleben sind“, wandte sich Landtagspräsidentin Birgit Hesse an die Mädchen und Jungen. Die in der Schlosskirche gesungenen Worte „Wir bitten dich: Segne nun dieses Haus und alle, die gehen da ein und aus! Verleihe Ihnen Frohsinn, Frieden und Einigkeit!“ seien eine „wunderbare Losung für das neue Jahr“, so Birgit Hesse. Die Präsidentin dankte den Kindern und all denjenigen, die die Sternsinger-Aktion im Land tragen im Namen des Landtages für deren Engagement.



Im Zimmer des Ältestenrats beraten sonst die Fraktionsvorsitzenden mit der Präsidentin.

Die diesjährige Sternsinger-Aktion, die vom Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ und dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) gemeinsam verantwortet wird, steht in diesem Jahr unter dem Motto „Gemeinsam für unsere Erde – in Amazonien und weltweit“. Seit 1959 hat sich die Aktion zur weltweit größten Solidaritätsaktion von Kindern für Kinder entwickelt.



Im Schlossmuseum bestaunten die Sternsingerinnen und Sternsinger den Thronsaal.



Einen Neujahrs-Gruß der Landtagspräsidentin sehen Sie, wenn Sie den folgenden QR-Code scannen.

## Wieder an Ort und Stelle

Figuren auf Dach des Schlossgartenflügels montiert

■ Seit dem 20. November 2023 sind zwei langjährig vermisste Figuren wieder auf das Dach der Fassade des Schlossgartenflügels zurückgekehrt.

Die ursprünglichen Terrakottafiguren „Flora“ und „Kleine Herkulanerin“ wurden bereits in den 1990-Jahren restauriert, mussten jedoch bereits vor 2005 wieder demontiert werden.

Da keine bauzeitlichen Originale aus der Entstehungszeit des Schlosses mehr vorhanden waren, wurden 2022 eigene Modellnachbildungen für die jetzigen neu angefertigten Bronzenachgüsse angefertigt. Als Vorlage konnte die „Flora“ des Schlosses genutzt werden, jedoch musste ein damals nicht mehr vorhandener Blumenstrauß ergänzt werden.

Für die „Kleine Herkulanerin“, welche die Muse des Gesangs Polyhymnia darstellt, wurden die Figurenvorlagen auf dem Portikus des Schauspielhauses Berlin und aus den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden gewählt.

Die farblich hell gefassten Bronzeplastiken wiegen ca. 350 kg und wurden freistehend in den Giebeltürmen an der Schlossgartenfassade montiert.



Flora und die kleine Herkulanerin



Beide Plastiken bestehen aus Bronze.



Flora hält ein Blumengebilde in ihren Händen. links: Die Kleine Herkulanerin.

## Neuer Schlosshonig

■ Auch 2023 waren die Schlossbienen wieder fleißig! Die drei Bienenvölker auf dem Schlosdach und der Nordbastion produzierten jeweils zwischen 40-50kg Honig. Davon wurden 20kg pro Volk entnommen – der restliche Honig verbleibt als Wintervorrat in den Völkern. Präsidentin Birgit Hesse und Landtagsdirektor Armin Tebben freuen sich über ihr persönliches Exemplar des Schlosshonigs.

Die Ernte fand im September statt, um die Bienen während der Behandlung über die Sommermonate nicht durch die



Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Landtagsdirektor Armin Tebben präsentieren den neuen Schlosshonig.

gleichzeitige Honigentnahme zu belasten. Ab dann wurde der Honig in einem umfangreichen Verfahren verarbeitet: In einer Schleuder wurde er aus den Waben gelöst und gesiebt, um vorhandene Wachspartikel zu entfernen. Um seine cremige Konsistenz zu erreichen, wurde



Der Schlosshonig ist ein Geschenk für Gäste des Landtages.

der Honig eingelagert und musste solange ruhen, bis er kristallisierte. Ab diesem Zeitpunkt wurde er täglich über mehrere Tage gerührt.

Anschließend wurde unser Schlosshonig in die vorgesehenen Gläser gefüllt, etikettiert und in den Landtag transportiert, wo er als besonderes Präsent an Gäste verschenkt wird.



- ◀ *Buntes Treiben im Schweriner Schloss: Am 10. Januar hat Landtagspräsidentin Birgit Hesse Vertreterinnen und Vertreter des Karneval-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern (KLMV) im Schweriner Schloss empfangen. Als Dank erhielt sie den „Spaßvogel-Orden“, den zuvor ein Jahr lang Jan Holze (Vorstand Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt) trug.*

*Der "Tollitäten-Empfang" ist ein Dankeschön für die ehrenamtliche Arbeit der 86 Mitgliedsvereine des KLMV, mit ihren derzeit rund 7.500 Aktiven aller Altersklassen.*

*Auch Mitglieder der Fraktionen des Landtages MV schlossen sich der bunten Veranstaltung mit Kinderbütt und Tanzeinlagen im Schlosscafé an.*

- ◀ *Dankeschön auf der Schloss-Baustelle: Das Jahresende hat der Landtag zum Anlass genommen, um sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Baufirmen zu bedanken, die sich mit großem Engagement bei den Bauarbeiten im Schweriner Schloss einsetzen.*

*Landtagspräsidentin Birgit Hesse lobte den erreichten Fortschritt sowie die gute Zusammenarbeit und übergab ihnen ihre persönlichen Exemplare unseres Landtagskalenders. Im Anschluss wurde das Team zu einem weihnachtlichen Imbiss und gemeinsamen Gesprächen eingeladen.*

- ▼ *Im Anschluss wurde das Team zu einem weihnachtlichen Imbiss und gemeinsamen Gesprächen eingeladen.*

